



Landtag von Baden-Württemberg

32. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 28. März 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:01 Uhr

Schluss: 12:35 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1699	4. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Die Konversion gestalten – Planungen des Bundes – Drucksache 15/1499	1731
Ergänzung der Tagesordnung	1699	Beschluss	1731
1. Aktuelle Debatte – Für ein Spekulationsverbot im kommunalen Haushaltsrecht – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	1699	5. a) Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 – Denkschrift 2011 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 15/100, 15/101 bis 15/129, 15/701 bis 15/704 und 15/707 bis 15/729	
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1699, 1705	b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 14. Oktober 2011 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2009 durch den Landtag – Drucksachen 15/770, 15/993	
Abg. Karl Klein CDU	1700	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 10. Dezember 2010 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 – Drucksachen 14/7344, 15/994	1732
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	1701	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	1732
Abg. Walter Heiler SPD	1703	Abg. Muhterem Aras GRÜNE	1733
Minister Reinhold Gall.	1704	Abg. Klaus Maier SPD	1734
2. Aktuelle Debatte – Gentechnikfreies Baden-Württemberg – Chance für Landwirtschaft, Natur und Verbraucherinnen/Verbraucher – beantragt von der Fraktion GRÜNE	1706	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1735
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	1706, 1714	Staatssekretär Ingo Rust	1736
Abg. Karl Rombach CDU	1707, 1715	Beschluss	1737
Abg. Alfred Winkler SPD	1709, 1716		
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	1710		
Minister Alexander Bonde	1712		
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 15/1466	1717		
Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer	1717		
Abg. Georg Wacker CDU	1721, 1729		
Abg. Sandra Boser GRÜNE	1722, 1730		
Abg. Christoph Bayer SPD	1724		
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	1727, 1731		
Beschluss	1731		

- | | |
|---|--|
| <p>6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 28. Februar 2012 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 15/1219, 15/1394</p> <p>7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. November 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Landesverwaltung – Drucksachen 15/900, 15/1458</p> <p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 13: Methode der Bedarfsermittlung bei der Justiz – Drucksachen 15/1010, 15/1459</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2011 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2012 (mit Fortschreibung bis 2015) – Drucksachen 15/1012, 15/1462</p> | <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Justizministeriums vom 5. März 2012 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Statut der Europäischen Stiftung – Drucksachen 15/1124, 15/1460</p> <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Festlegung des Zollkodex der Europäischen Union – Drucksachen 15/1439, 15/1461</p> <p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 22. Dezember 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres – Mehrjähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 – Drucksachen 15/1087, 15/1330</p> <p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 7. Februar 2012 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einrichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport – Drucksachen 15/1239, 15/1474. 1738</p> <p>Beschluss zu den gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkten 6 bis 13 1738</p> <p>Nächste Sitzung 1738</p> |
|---|--|

Protokoll

über die 32. Sitzung vom 28. März 2012

Beginn: 9:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 32. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Krankgemeldet sind Frau Kollegin Lindlohr und Herr Kollege Paal.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Erler.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012, Az.: 1 BvR 2297/10 – Verfassungsbeschwerde gegen die Enteignung und vorzeitige Besitzinweisung nach dem Baden-Württembergischen Ethylen-Rohrleitungsgesetz

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Februar 2012, Az.: 2 BvE 4/07 – Organstreitverfahren eines Mitglieds des Bundestages und der Bundestagsfraktion DIE LINKE gegen den Bundesminister des Innern und die Bundesregierung wegen Beobachtung von Mitgliedern des Bundestages durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich noch bekannt geben, dass die Fraktionen übereingekommen sind, den Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Die Konversion gestalten – Planungen des Bundes –, Drucksache 15/1499, als neuen Punkt 4 in die Tagesordnung aufzunehmen. Die neue Tagesordnung ist gerade in Druck. Sie wird Ihnen zusammen mit dem Antrag Drucksache 15/1499 in Kürze ausgehändigt. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich dadurch entsprechend. – Sie sind damit einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Für ein Spekulationsverbot im kommunalen Haushaltsrecht – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit jeder weiteren Sitzung wird es ernster, was den Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung angeht, wonach es der Lebendigkeit der Debatte, insbesondere der Aktuellen Debatte, in diesem Haus dienlich ist, wenn diese in freier Rede geführt wird.

(Beifall der Abg. Peter Hauk CDU und Wolfgang Drexler SPD)

Für die Fraktion der FDP/DVP erhält Kollege Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Kärtchen gelten auch nicht!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit geraumer Zeit haben Kommunen die Möglichkeit – das ist auch durchaus sinnvoll –, sich gegen Zinsänderungsrisiken abzusichern. Allerdings sind mit dem Aufkommen immer komplexerer Finanzprodukte, sogenannter Derivate, die Grenzen zur Spekulation fließend geworden. Manche Banken haben dies als Markt entdeckt und haben die kommunalen Kämmerer geködert, solche Derivate zu kaufen und auf diese Art und Weise in die Spekulation, ins spekulative Geschäft einzutreten.

Experten schätzen den bundesweit dadurch entstandenen Schaden auf mittlerweile über 1 Milliarde €. Es sind ja auch schon Millionenverluste aktenkundig, beispielsweise in Baden-Württemberg in Pforzheim in Höhe von 57 Millionen € oder in Riesa in Sachsen – das ist eine Stadt mit 35 000 Einwohnern – in einer Größenordnung von 22 Millionen €.

Vermutlich ist das Ganze nur die Spitze des Eisbergs, denn diese Derivatgeschäfte laufen über einen längeren Zeitraum, und es besteht durchaus die Möglichkeit, wenn diese schieflaufen, zunächst einmal das Ganze unter der Decke zu halten und erst relativ spät zuzugeben, dass man sich verspekuliert hat. Manche von diesen Geschäften mögen auch gut gehen. Dann sagt man natürlich nichts und streicht den Gewinn ein.

Finanzgeschäfte, die auf Gewinnerzielung auf diese Art und Weise ausgerichtet sind, sollten klipp und klar verboten werden, denn es geht natürlich nicht, dass Kämmerer, kommunala-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

le Verwaltungen oder wer auch immer mit dem Geld des Steuerzahlers spekulieren.

Nun kann man sagen, diese Geschäfte seien den Kommunen schon bisher untersagt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es nämlich! Es gibt überhaupt keinen Anlass für die Debatte!)

In der Tat gibt es ein ganz allgemeines Spekulationsverbot für Kommunen. Aber leider wird das Aufkommen der komplexen Finanzderivatgeschäfte bisher offensichtlich von diesem Verbot nicht hinreichend erfasst. Es sollte klipp und klar geregelt werden, dass sich die Kommunen eben nur gegen Zinsänderungsrisiken absichern dürfen. Diese Absicherung kann im Einzelnen schwierig sein, und deshalb bedarf es auch einer Verordnungsermächtigung zur Kontrolle. Wir würden anregen, diese bei den Regierungspräsidien anzusiedeln.

Der entscheidende Grund für unseren Vorschlag einer rechtlichen Verschärfung, bei der man über die jetzige Rechtslage hinausgehen sollte, ist, dass ein klares Verbot in der Gemeindeordnung die Rechtsfolge der Nichtigkeit dieser Geschäfte hätte. Das ist der entscheidende Unterschied.

Schauen Sie sich an, in welcher Situation sich beispielsweise jetzt gerade die Stadt Pforzheim befindet. Die Stadt Pforzheim, deren Klage erstinstanzlich vor dem Frankfurter Landgericht verhandelt wird, hat versucht, den Weg zu gehen, eine Nichtigkeit des mit der Investmentbank J. P. Morgan eingegangenen Geschäfts zu erreichen mit der Argumentation: „Wir hätten das nicht tun dürfen, also müssen diese Geschäfte nichtig sein.“ Dieser Argumentation folgt das Landgericht Frankfurt offensichtlich nicht, sondern hat nun eine Beweisaufnahme mit Zeugeneinvernahme anberaunt. Das zeigt, dass die gesetzliche Regelung im Moment noch nicht ausreichend ist und dass es einer Verschärfung in der Gemeindeordnung bedarf,

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

sodass die Kommunen die Chance hätten, diese Nichtigkeit durchzusetzen. Genau dies würde auch einen eindeutigen Abschreckungseffekt auf die Banken haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn wenn eine Bank fürchten müsste, dass das Geschäft, das man einem kommunalen Kämmerer aufdrängt, anschließend von einem Gericht für nichtig erklärt wird,

(Abg. Walter Heiler SPD: Sind Sie für die Verstaatlichung der Banken?)

dann wird diese Bank natürlich wesentlich vorsichtiger beim Eingehen dieser Geschäfte werden.

(Beifall des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Der Freistaat Sachsen hat dies erkannt und deshalb jetzt ein Verbot dieser hoch riskanten Zinswetten im Wege der Reform der Gemeindeordnung auf den Weg gebracht. Es ist aus unserer Sicht auch in Baden-Württemberg unklar, was aus dem

bisherigen allgemeinen Verbot zu folgern ist. Deshalb sollten die regelnden Vorschriften so gestaltet werden, dass eindeutig ist, dass die Konnexität gegeben sein muss. Das heißt, es muss ein klarer Zusammenhang zwischen dem Ursprungsgeschäft, also einem kommunalen Kredit, und dem Derivatgeschäft bestehen. Es muss klar sein, dass sogenannte Zinsoptimierungsgeschäfte gegen das Spekulationsverbot verstoßen. Wetten auf Marktentwicklungen darf es einfach nicht geben.

Deshalb fordern wir eine unmissverständliche und vor allem auch gegenüber den Banken durchsetzbare gesetzliche Regelung. Wir werden deshalb einen konkreten Vorschlag zur Änderung bzw. Ergänzung der Gemeindeordnung machen.

Der Freistaat Sachsen wird in § 72 seiner Gemeindeordnung folgenden Satz ergänzend hinzufügen – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Spekulative Finanzgeschäfte sind verboten.

Analog würde das für das Land Baden-Württemberg bedeuten, § 77 Absatz 2 der Gemeindeordnung entsprechend um diesen Satz zu ergänzen. Genau diesen Antrag werden wir einbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der CDU spricht Herr Abg. Klein.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rülke, ich kann Ihren Vorstoß verstehen, aber letztlich verstehe ich ihn doch nicht so genau; er ist nicht begründet. Wir meinen, dass derzeit Spekulationsgeschäfte und insbesondere die Derivate, die hier vor allem in der Diskussion stehen, bei den baden-württembergischen Kommunen überhaupt nicht zur Debatte stehen und gar kein Thema sind. Denn man darf feststellen, dass bis auf sehr wenige Ausnahmen die Oberbürgermeister und die Bürgermeister sich an die Regelungen des Gesetzes halten; insbesondere gilt dies für diejenigen, die im Finanzbereich Verantwortung dafür tragen, dass mit den öffentlichen Mitteln aus Steuereinnahmen sehr sensibel, vorsichtig und verantwortungsvoll umgegangen wird. Das strikte Spekulationsverbot, das wir bereits heute in unserer Gemeindeordnung, in der Gemeindehaushaltsordnung haben und das in dem seit 1998 bestehenden Derivateerlass festgeschrieben ist, wird eingehalten.

Wir sollten nicht von wenigen Ausnahmen auf alle über 1 000 Kommunen, die es in Baden-Württemberg gibt, schließen; diese Kommunen gehen mit diesem Thema sehr sorgfältig um. Man darf feststellen: In Baden-Württemberg wird mit öffentlichen Geldern aus Steuereinnahmen nicht spekuliert.

(Abg. Walter Heiler SPD: So ist es!)

Zu Recht – auch das muss man sagen – sind den Kommunen in Baden-Württemberg solche Spekulationsgeschäfte verboten. Sie haben auch im Rahmen ihrer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und vor allem ihrer Sparsamkeitsbetrachtung spekulative Finanzgeschäfte außen vor zu lassen. Denn bereits nach den bestehenden Regelungen ist ein Geschäft schon dann

(Karl Klein)

spekulativ, wenn die Zinssätze variabel sind und damit ein Kapitalverlust drohen könnte.

Der Einsatz von Derivaten in dem Umfang, wie er heute bereits gegeben ist – Zinsswapgeschäfte sind nur dann zulässig, wenn es um einen konkreten Bedarf an Krediten für Investitionen über einen gewissen Zeitraum hinweg geht –, ist keine Spekulation, sondern Finanzmanagement, wie wir es natürlich auch im Land Baden-Württemberg betreiben. Grund für solche Finanzgeschäfte darf eben nicht der reine Zweck der Einnahmebeschaffung sein; denn so etwas gehört nicht in die Denkweise und in das Portfolio öffentlicher Haushalte.

Gleiches gilt aber auch für die Geldanlagen, die die Kommunen tätigen. Auch hier besteht im Rahmen der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit nicht das Gebot, Gewinnmaximierung zu betreiben.

Ich darf Ihnen auch noch Folgendes sagen, Herr Rülke – auch das war ein Thema, dessen sich die FDP/DVP in der letzten Legislaturperiode angenommen hat –: Ich als Bürgermeister habe von gewissen Cross-Border-Leasing-Geschäften oder PPP-Projekten noch nie viel gehalten;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Sehr gut!)

denn die Kommunen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, grundsätzliche andere Finanzierungsmöglichkeiten, und sie haben diese auch genutzt. Dafür bin ich dankbar.

Wir wissen auch, dass wir eine gute Aufsicht haben. Sowohl der Rechnungshof als auch die Gemeindeprüfungsanstalt kommen ihren Aufgaben in wirklich sehr guter Weise nach und fordern von den Kommunen natürlich auch eine entsprechende Rechenschaft.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat so: Die öffentlichen Haushalte, insbesondere die Kommunen, bewirtschaften Steuergelder, Gebühren und Beiträge von den Bürgern und den Firmen. Diese Gelder sind sehr hart erarbeitet worden. Daraus erwächst auch ein gewisses Treuhandprinzip und eine ganz besondere Verpflichtung für all diejenigen, die im öffentlichen Dienst Verantwortung tragen. Diese ganz besondere Verpflichtung reduziert sich nach unserer Auffassung nicht allein auf die gesetzlichen Regelungen, sondern das hat auch etwas mit Werten zu tun, das hat etwas mit Anstand zu tun, das hat etwas mit Moral zu tun. Jeder, der sich nicht entsprechend verhält, hat eigentlich im öffentlichen Dienst nichts verloren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Vielleicht sollten wir das Thema auf einen ganz kleinen Nenner herunterbrechen, indem wir sagen: Derjenige, der manche Finanzgeschäfte nicht durchschaut, sollte einfach die Hände von solchen Finanzgeschäften lassen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: So ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte hier auch daran erinnern, dass auch die Gemeinderäte, wir Landtagsab-

geordneten, auch die Bundestagsabgeordneten und die Kreisräte eine ganz besondere Verantwortung tragen. Sie müssen eigentlich für Transparenz und Kontrolle sorgen. Sie müssen vor allem Verantwortlichkeiten in diesem Bereich formulieren und festlegen, und sie müssen natürlich auch – was zulässig ist – die Finanzierungsinstrumente und Finanzierungsformen entsprechend begrenzen und festlegen. Das alles ist bereits heute gegeben. Sicherheitsvorkehrungen sind getroffen. Ich möchte auch den Hinweis geben: Die kommunalen Landesverbände haben hervorragende Musterdienstleistungen für die Städte und Kommunen. Wenn man diese anwendet, darf es in unserem Land eigentlich keine Probleme geben.

(Abg. Walter Heiler SPD: So ist es!)

In einem möchte ich Ihnen recht geben: Wir dürfen die Banken in dieser Hinsicht nicht außen vor lassen. Nicht nur das Wissen, dass es ein Spekulationsverbot bei den öffentlichen Haushalten gibt, ist ein Grund, weshalb man den Kommunen solche Finanzprodukte nicht anbieten darf. Das hat nicht allein etwas mit Recht zu tun, sondern auch hier vor allem mit Werten und mit Moral, mit Anstand und mit Zuverlässigkeit. Auch in dieser Hinsicht muss man an die Banken appellieren, denn nur so lässt sich Schaden vom Allgemeinwohl und vom Bürger abwenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sicherlich müssen wir aus der Finanzkrise Lehren ziehen. Wir haben hier allgemeinen Aufklärungs- und vor allem Informationsbedarf über Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen. Sie müssen einmal hören, welche Antworten man bekommt, wenn man heutzutage Schulabgänger, sogar Abiturienten, fragt, was sie unter solchen Derivaten verstehen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen solche Lebenswirklichkeiten auch im Bildungsplan berücksichtigt werden. Wir sollten uns weniger über ideologisch geprägte Strukturen im Schulbereich unterhalten, sondern vor allem über Inhalte; denn solche Inhalte gehören heute auch in Bildungspläne, wenn wir zukünftig Schaden von der jungen Generation und von unserer Gesellschaft abwenden wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In der Tat sollten wir uns darüber unterhalten, denn darin sehe ich den wahren Handlungsbedarf.

Abschließend: Die CDU-Landtagsfraktion hat schon in der Vergangenheit das strikte Spekulationsverbot in die entsprechenden Gesetze für Baden-Württemberg aufgenommen. Wir werden auch in der Zukunft darauf achten, dass dies zu keinem Problem in Baden-Württemberg wird und, falls es doch einmal zu Problemen kommt, Kontrollen durchgeführt und Verstöße sehr hart sanktioniert werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In unseren Augen gibt es in Baden-Württemberg einen klaren Rechtsrahmen, der Spekulations-

(Andreas Schwarz)

geschäfte untersagt. Ich erinnere an § 2 und an die §§ 87 und 88 der Gemeindeordnung. Dieser Rechtsrahmen ist ausreichend. Hier sehen wir erst einmal keinen Änderungsbedarf. Wir meinen, die Gemeindeordnung muss nicht verschärft werden.

Herr Rülke, das Thema, das Sie ansprechen, ist kein Thema der Kommunalverfassung und kein Thema des Landes. Es ist ein Thema des Banken- und Kapitalmarktrechts, es ist ein Thema des Kreditwesensrechts. Wenn Sie hier Änderungsbedarf sehen, dann bitte ich Sie, beim für das Banken- und Kapitalmarktrecht zuständigen Gesetzgeber – das ist der Bund; an der Bundesregierung sind Sie beteiligt, sind Sie noch beteiligt –

(Heiterkeit der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Änderungsvorschläge hierzu einzubringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Klein hat auf den Derivateerlass von 1998/1999 hingewiesen. Damals hatte das Innenministerium dazu schon zukunftsweisende Vorgaben gemacht. Der Derivateerlass gilt weiterhin. Er ist für die Kommunen eine Leitplanke, an der sie sich orientieren können.

Für die Fraktion GRÜNE sage ich ganz klar: Wir stehen zur kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunale Selbstverwaltung ist für uns

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ein hohes Gut!)

ein hohes Gut.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Genau!)

Kommunen sollen als Mittel der Zinsstrukturpolitik auch Derivate einsetzen können, wenn es darum geht, Aufgaben der Daseinsvorsorge zu finanzieren.

Die bestehenden Gesetze und Verordnungen – ich habe darauf hingewiesen – sind in unseren Augen ausreichend. Sie bilden den Rahmen für einen vernünftigen Mehrklang aus Daseinsvorsorge, Kommunalwirtschaft und Sicherheit. Diesen Gleichklang wollen wir erhalten. Wir müssen hier nicht nachsteuern.

Ich möchte auch darauf hinweisen: Es gibt die Kommunalaufsicht. Es gibt die Gemeindeprüfungsanstalt quasi als kommunales Pendant zum Rechnungshof des Landes. Mit der Gemeindeprüfungsanstalt und mit der Kommunalaufsicht ist die notwendige Transparenz und Kontrolle gewährleistet.

Aber es gab in den vergangenen Jahren offenbar gravierende Sonderfälle, in denen einzelne Kommunen nicht entsprechend gehandelt haben. Herr Rülke, Sie haben den Fall Pforzheim angesprochen. Ich sage dazu: Das ist der „FDP-Fall Pforzheim“. Sie haben gegenüber der „Pforzheimer Zeitung“ darauf hingewiesen, dass der dortige Vorgang hätte vermieden werden können, wenn es das Spekulationsverbot gegeben hätte. Ich meine aber, es ist notwendig, dass wir noch ein bisschen Transparenz in den „FDP-Fall Pforzheim“ bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wer war denn damals beteiligt? Das war die Oberbürgermeisterin, Frau Augenstein von der FDP, die höchst spekulative Geschäfte eingehen wollte, um ein Schnäppchen zu machen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber wie! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf um mehr Aufmerksamkeit bitten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Gerade jetzt!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die der FDP angehörende Oberbürgermeisterin wollte höchst spekulative Geschäfte eingehen. Offenbar fehlte Ihrer Parteifreundin das rechte Maß an wirtschaftlichem Sachverstand oder das richtige Maß an gesundem Menschenverstand, um zu erkennen, dass man solche Geschäfte nicht eingeht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wenn Sie jetzt behaupten, eine Verbotsregelung hätte das Ganze dort verhindert,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

dann stelle ich mir die Frage: Müssen wir immer, wenn ein Amtsträger oder eine Amtsträgerin mit FDP-Zugehörigkeit Blödsinn macht, eine Verbotsregelung aufstellen? Das kann ja wohl nicht sein.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wäre zu viel! Das wäre schlecht für die Gesetze!)

Dann hätten wir viel zu tun – auch wenn sich die FDP-Fraktion wie seinerzeit bei den Vorgängen in Pforzheim nicht gegen die dortige Oberbürgermeisterin mit FDP-Zugehörigkeit durchsetzte –, um den wirtschaftlichen Blödsinn, der letztlich zulasten des Gemeinwohls geht, zu verhindern.

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel ansprechen, das auch in Pforzheim gespielt hat, und zwar das Thema Cross-Border-Leasing. Der Kollege Klein hat ja auch Cross-Border-Leasing kritisiert, und quer durch das Haus ist es kritisiert worden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo gab es in Pforzheim Cross-Border-Leasing, Herr Schwarz? Sie müssen sich besser auf Ihre Reden vorbereiten!)

– Herr Rülke, ich möchte aus dem Protokoll der Sitzung des Pforzheimer Gemeinderats vom 20. Dezember 2002 zitieren. Damals stand US-Leasing für die Kläranlage Pforzheim inklusive Kanalnetz und Sonderbauwerke auf der Tagesordnung. Herr Rülke, Sie werden wie folgt in dem Protokoll zitiert:

Stadtrat Dr. Rülke verweist auf die ernste Haushaltslage, die durch die geplante Maßnahme verbessert werden kann. Er spricht sich für diesen weiteren Schritt aus.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und wo gab es das?)

(Andreas Schwarz)

Zum Cross-Border-Leasing kam es am Schluss nicht – ein Glück für die Stadt Pforzheim.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wer aber auf der einen Seite Cross-Border-Leasing-Maßnahmen unterstützt, auf der anderen Seite die Kommunen an die kurze Leine nehmen möchte, verhält sich wie ein Wolf im Schafspelz. Das ist nicht unser Politikverständnis. Wir sind für die kommunale Selbstverwaltung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Bei dem Ausdruck „Wolf im Schafspelz“ drücke ich einmal beide Augen zu.

(Heiterkeit)

Was das Pult angeht, unterstreicht die Tatsache, dass es sich heute nicht in der Höhe verstellen lässt, einmal mehr die Notwendigkeit für einen Umbau unseres Plenarsaals.

(Heiterkeit und Beifall – Abg. Thomas Blenke CDU:
Jetzt muss aber alles herhalten!)

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion spricht Kollege Heiler.

Abg. Walter Heiler SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Das war ein Blattschuss, Herr Dr. Rülke. Glückwunsch, Herr Schwarz!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Überschrift, Herr Dr. Rülke, lautet ja: Aktuelle Debatte. Ich weiß, dass Sie von Berufs wegen Lehrer sind. Insofern müssten Sie wissen, dass „aktuell“ ein Adjektiv ist. Es kennt also keine Steigerung, keinen Komparativ und keinen Superlativ. Es bedeutet: jetzt, in diesem Moment, auf dem neuesten Stand. Insofern ist die Debatte zwar aktuell, weil wir sie jetzt führen, aber das Thema ist eigentlich ziemlich alt, Herr Dr. Rülke.

(Vereinzelt Beifall)

Auf das Thema bezogen wäre die Debatte vor sieben oder acht Jahren aktuell gewesen, nämlich zu der Zeit, als Ihre FDP-Parteikollegin, Frau Augenstein, Oberbürgermeisterin in Pforzheim war und die Verantwortung für Spekulationsgeschäfte trug,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die die Stadt Pforzheim mindestens 57 Millionen € kosteten. Hätten Sie damals eine solche Aktuelle Debatte geführt, die damals aktuell gewesen wäre, wäre vielleicht die damalige Oberbürgermeisterin auch aktuell noch Oberbürgermeisterin. Aber jetzt haben wir aktuell einen besseren Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

So viel eingangs dazu, was „aktuell“ bedeutet.

Jetzt zur Rechtslage: Spekulationsgeschäfte – wir haben es gehört – sind den Kommunen strikt verboten – aktuell und schon ziemlich lange, Herr Dr. Rülke.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD
und der Grünen)

Als ich den Titel der heutigen Aktuellen Debatte las, ging ich zu meinem aktuellen Kämmerer.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zuruf des
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Er macht das seit 15 Monaten und war vorher im Hauptamt tätig. Er hat mir dann aktuell, vor zwei Tagen, ein Blatt mit dem Titel „Kommunales Kassen- und Rechnungswesen in Baden-Württemberg“ in die Hand gedrückt. Darin steht klipp und klar der Hinweis auf § 91 Absatz 2 der Gemeindeordnung. Demnach sind Spekulationsgeschäfte verboten. Wörtlich gilt für die Gemeinden:

Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen.

Übrigens: Bei den Anlagen ist darauf zu achten, dass sie bei Bedarf verfügbar sind.

Der Kämmerer hat noch einen aktuellen Post-it-Zettel beigelegt –

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

so nennt man diese gelben Dinger –, auf den er mir geschrieben hat: „Frage: Soll der gesunde Menschenverstand durch ein Gesetz ersetzt werden?“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann habe ich einmal in meinen Unterlagen gekramt. Ich bewahre nämlich alle Berichte der Gemeindeprüfungsanstalt auf. Dabei habe ich natürlich einen Bericht gefunden, der, Herr Dr. Rülke, nicht mehr aktuell ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Eigentlich ist er noch immer aktuell, aber er stammt aus dem Jahr 2008. Er war damals topaktuell.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Da wird unter dem Stichwort „Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei Kreditaufnahmen“ deutlich ausgeführt, dass die Gemeinden nach § 77 Absatz 2 der Gemeindeordnung zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit angehalten sind. Auf Seite 74 dieses Berichts aus dem Jahr 2008 – noch immer aktuell – steht:

Für Kommunen gilt striktes Spekulationsverbot.

Das hat die GPA schon im Jahr 2008 festgestellt. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Den Kommunen sind ihrer Aufgabenstellung und dem Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechend spekulative Finanzgeschäfte zur Erwirtschaftung separa-

(Walter Heiler)

ter Gewinne untersagt. Allgemein hat ein Finanzinstrument bereits dann spekulativen Charakter, wenn dessen Ertragsseite variabel und zusätzlich das Risiko eines Kapitalverlustes wahrscheinlich ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eindeutig!)

– Das ist in der Tat eindeutig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Damit ist eigentlich alles gesagt. Spekulationsgeschäfte sind aktuell verboten, sie sind seit Langem verboten, und ein Gesetz würde diesen Rechtszustand lediglich wiederholen oder klarstellen oder was auch immer.

Entscheidend ist doch – das wurde bereits von meinen Vorrednern, Herrn Schwarz und Herrn Klein, angesprochen –: Jeder Kämmerer, jeder Bürgermeister und jeder Oberbürgermeister muss diese Rechtslage kennen. Daran ändert doch ein weiteres Gesetz nichts. Denn wer die jetzige Rechtslage nicht kennt, der würde auch ein Gesetz, wie von Ihnen vorgeschlagen, nicht kennen

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

oder nicht kennen wollen.

Jetzt noch ein kleiner Hinweis: Das Wort „spekulieren“ kommt aus dem Lateinischen. Das lateinische Wort „speculari“ heißt erspähen, belauern. Die allgemeine Begriffsbestimmung lautet: darüber nachdenken, überlegen, sprechen – ich ergänze: oder handeln –, wie sich etwas, von dem man nicht viel weiß, entwickeln wird. Welcher Kämmerer oder Bürgermeister – ernsthaft – hat schon große Ahnung bei solchen Geschäften? Ich stelle mir gerade vor: Da sitzt man zusammen und unterhält sich: Na, was hältst du von – ich spreche jetzt wahrscheinlich die Hälfte falsch aus, weil das alles englisch ist – Forward Rate Agreements, oder was meinst du, lieber Kämmerer, zu Zinsswaps, Swap Options, Zinsfutures – auch nicht schlecht –, Zinscaps oder Zinsfloors?

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Das ist, wie ich denke, absurd. Deshalb, bitte schön, wie schon gesagt wurde: Hände weg von Dingen, bei denen man sich nicht genügend auskennt und bei denen die Banken einen riesigen Wissensvorsprung haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Deshalb – zurück zum gelben Zettel – soll der gesunde Menschenverstand nicht durch ein Gesetz ersetzt werden. Wir vertrauen darauf, dass unsere Kommunalen die geltenden Gesetze kennen und gesunden Menschenverstand mitbringen, zumindest in den allermeisten Fällen. Man braucht aber kein Gesetz, das diesen gesunden Menschenverstand und die geltende Rechtslage ersetzen soll. Gesetze verwirren übrigens auch. Mich würde interessieren, wie Ihres Erachtens der Gesetzestext aussehen soll, der dann alles umfasst. Ich behaupte: Wenn Sie ein Gesetz einbringen, sind die Banken schon einen Schritt weiter und betreiben Geschäfte, die von Ihrem Textvorschlag gar nicht erfasst sind.

Aktuell wäre mein Redebeitrag damit beendet.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich wäre damit am Ende. Aber ich bin nicht am Ende mit meinem Latein. Deshalb zum Schluss ein Zitat, das zum Ausdruck bringt, dass wir nicht in Aktionismus verfallen und die Gesetzesbücher unnötig füllen müssen. Denn dies wäre nur ut aliquid fieri videatur – zu Deutsch: um es so aussehen zu lassen, als wäre etwas getan. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine Aktuellen Debatten, um gerade so zu tun, als wäre etwas getan.

Deshalb – ganz aktuell – bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Günther-Martin Pauli CDU – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich muss schon sagen, die Debatte verläuft ein bisschen dynamischer und lebhafter, als ich ursprünglich dachte. Ich habe gemerkt: Mit rein sachlichen Anmerkungen kann man in der heutigen Debatte nicht unbedingt glänzen.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aktuell ist das unmöglich!)

Das ist auch okay. Gleichwohl möchte ich die Gelegenheit nutzen, um tatsächlich ein paar ganz wenige Anmerkungen inhaltlicher Art zu machen.

Natürlich, Herr Kollege Rülke, gibt es schon Anlass, über die Geschehnisse der Vergangenheit zu sprechen. Ich vermute, ganz aktuell haben Sie auf das Bezug genommen, was sich in Sachsen abspielt. Denn dort wird eine entsprechende Änderung der Gemeindehaushaltsordnung vorgenommen, auch aus leidvoller Erfahrung. Ich meine, es war die Stadt Riesa, die sich da zumindest ähnlich verhalten hat, wie es die Stadt Pforzheim und noch eine andere Stadt in Baden-Württemberg getan haben. Schon dies macht deutlich: Wir sprechen von wenigen Einzelfällen, um die es sich hierbei handelt und die eventuell Handlungsbedarf mit sich bringen.

Die Gemeinden haben im Rahmen ihrer Selbstverwaltung und der damit verbundenen Angelegenheiten zur Erledigung der Aufgaben natürlich auch Finanzgeschäfte zu tätigen – das ist überhaupt keine Frage –, z. B., ganz banal, wenn es um die Kreditaufnahme für Investitionen im Gemeindegebiet geht. Dies ist im Übrigen der einzige Fall, in dem sogenannte Derivatgeschäfte gemacht werden dürfen.

Aber dies ist glasklar geregelt; es besteht nämlich in der Tat im Zusammenhang mit Krediten für eine Investition die Möglichkeit, Herr Kollege Heiler, sogenannte Cap-Geschäfte zu machen. Das heißt, im Vorfeld wird bei einem variablen Zins festgelegt, wo die Höchstgrenze ist. Die Gemeinde zahlt dafür einen Einmalbetrag, oder dies schlägt sich bereits in diesem variablen Zins nieder. Nur unter diesen Voraussetzungen ist dies möglich. Das heißt im Umkehrschluss: In allen anderen Fällen ist es verboten.

Die Vorredner haben darauf hingewiesen: Das Spekulationsverbot ist in der Rechtsprechung unstrittig, ist auf der kom-

(Minister Reinhold Gall)

munalen Ebene unstrittig und bei all denen, die eine entsprechende Verantwortung tragen. Deshalb finde ich schon, dass in vielen Fällen, in den meisten Fällen, aber insbesondere in diesen Fällen eigentlich der gesunde Menschenverstand genügt. Professor Kirchberg hat einmal sinngemäß gesagt: Der Gang ins Casino verbietet sich für die Gemeinden, denn die Bank gewinnt immer. Damit ist, glaube ich, zu diesem Thema letztendlich alles gesagt.

Ich verspreche mir in der Tat von einer eventuellen Veränderung unserer Gemeindehaushaltsordnung oder der gesetzlichen Verankerung eines Verbots, wie man es in Sachsen gemacht hat, auch nicht, dass sich diejenigen, die sich bisher nicht an die Rechtslage gehalten haben, zukünftig an eine neue Rechtslage halten, nur weil es dann gesetzlich verankert ist. Die Sachsen wollen nämlich ausschließlich in die Gemeindehaushaltsordnung schreiben: „Spekulative Finanzgeschäfte sind verboten.“ Das müssen wir nicht erneuern; sie sind verboten. Diese Regelung ist völlig klar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Was die Sachsen machen, verstehe ich sowieso nicht, denn in Sachsen sind die Ausführungen zu diesen Derivatgeschäften weit, weit umfangreicher in der Verwaltungsvorschrift geregelt, viel detaillierter geregelt, als es diese pauschale Formulierung im Gesetz je regeln könnte. Ich halte eine solche pauschale Regelung dann eher für immer wieder interpretations- und auslegungsfähig. Deshalb können wir darauf meines Erachtens verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Innenminister, ist bin dankbar für die Bestätigung, dass doch eine gewisse Aktualität vorliegt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: In Sachsen!)

Sehen wir nur nach Sachsen, oder sehen wir auf den derzeit in Frankfurt laufenden Prozess, oder sehen wir das, was noch unter der Oberfläche schlummert; da wird noch einiges emporkommen. Wenn Kollege Heiler jetzt so tut, als wäre alles Friede, Freude, Eierkuchen,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das hat er nicht gesagt! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

als gäbe es überhaupt keinen Handlungsbedarf, dann ist er völlig auf dem falschen Dampfer.

Ich habe jetzt viel von gesundem Menschenverstand gehört: Der gesunde Menschenverstand sage einem doch: „Das macht man nicht“, und damit gebe es auch kein Problem. Meine Damen und Herren, mit dieser Logik brauchten wir in ganz Deutschland keine Ampelschaltung mehr, weil jeder weiß, dass man an einer Kreuzung mit gleichberechtigten Straßen halten muss. Es ist doch wohl offensichtlich, dass es Probleme gibt.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Herr Kollege Heiler, wenn Sie erklären, diese Aktuelle Debatte hätte man vor sieben oder acht Jahren führen müssen

(Abg. Walter Heiler SPD: Bezogen auf Pforzheim!)

– bezogen auf Pforzheim –, dann hätte man dort vor sieben oder acht Jahren erst einmal über diese Geschäfte Bescheid wissen müssen. Es ist inzwischen aktenkundig: Der Gemeinderat wurde über diese Angelegenheit erst im Jahr 2007 informiert.

Herr Kollege Klein, da gilt auch das, was Sie angesprochen haben: Die Gemeinderäte, Abgeordneten, Kreisräte hätten eine Verpflichtung, aufzupassen. Aber wenn sie nicht mitbekommen, was die Verwaltung macht, ist es relativ schwierig, das Ganze zu überwachen. Diesen Hinweis kann ich auch Ihnen, Herr Kollege Heiler, nicht ersparen, wenn Sie erklären, man hätte aufpassen müssen und bestimmte politische Parteien würden da die Alleinschuld tragen. Das war auch die Lesart des Kollegen Schwarz.

Ich würde Ihnen schon einmal empfehlen, die Protokolle, die Herr Kollege Schwarz ausgegraben hat, nachzulesen, beispielsweise auch die Protokolle über die ersten Diskussionen im Pforzheimer Gemeinderat zum Thema Derivate. Ich nehme an, die haben Sie auch gefunden. Dann werden Sie festgestellt haben, dass die beiden Fraktionen, die diese Derivatgeschichte von Anfang an, nachdem sie davon erfahren haben, kritisiert haben, FDP und Grüne gewesen sind und dass es einen Sprecher der SPD im Pforzheimer Gemeinderat namens Dr. Rösch gibt, der noch im Jahr 2008 erklärt hat: „Wir unterstützen diese Geschäfte; sie sind zum Wohle der Stadt Pforzheim.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann hat er noch immer nicht recht!)

So sind die Realitäten. Stimmt's, Herr Schwarz? Haben Sie das auch ausgegraben?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Haben Sie jetzt zugestimmt oder nicht?)

– Ich habe nicht zugestimmt, niemals.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber Sie wollten die Abwasserbehandlung nach Amerika weggeben!)

Ich habe dem niemals zugestimmt. Und Cross-Border-Leasing ist noch einmal etwas anderes.

(Lachen bei der SPD)

Die Stadt Stuttgart – –

(Unruhe)

Zwischen Derivatgeschäften und Cross-Border-Leasing besteht schon ein Unterschied.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das eine ist so ungeschickt wie das andere! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das, was beispielsweise in Stuttgart zum Thema Cross-Border-Leasing gemacht worden ist, führt nicht dazu, dass der

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart vor Gericht gestellt wird. Da müssen Sie also durchaus unterscheiden. Im Übrigen hat es in der Stadt Pforzheim nie Cross-Border-Leasing gegeben – wohl aber diese Derivatgeschäfte, und dies unter dem Beifall der SPD. Das sind die Realitäten.

(Zurufe der Abg. Walter Heiler und Wolfgang Drexler SPD)

Das können Sie nicht wegdiskutieren. Deshalb führt es auch überhaupt nicht weiter, das Ganze in eine parteipolitische Richtung zu drängen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Vielmehr muss man sich den Realitäten stellen. Man sollte vielleicht einmal die parteipolitischen Scheuklappen abnehmen, Herr Heiler, und das Ganze auf die Realitäten herunterbrechen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist ja komisch, dass Sie das sagen!)

Zu den Realitäten sagt Herr Kollege Klein: „Die Sicherheitsvorkehrungen sind ausreichend.“ Herr Kollege Klein, wenn die Sicherheitsvorkehrungen ausreichend wären, gäbe es diese Fälle nicht. Ferner sagen Sie: „Man muss an die Banken appellieren.“ Ich glaube nicht, dass es ausreicht, an die Banken zu appellieren. Das zeigt auch der aktuelle Fall. Die Banken nutzen an der einen oder anderen Stelle in der Tat die Spekulationsfreude oder die Unkenntnis von Kämmerern, und dann kommt es zu solchen Ereignissen. Genau das wollen wir verhindern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Niemand von Ihnen, weder der Innenminister noch die verehrten Redner der drei anderen Fraktionen, ist auf mein entscheidendes Argument eingegangen, nämlich auf das Argument der Nichtigkeit solcher Geschäfte,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist aber Kapitalmarktrecht, Herr Rülke!)

die man mit einer klareren Regelung durchsetzen könnte. Genau das ist der zentrale Punkt.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zurufe von der SPD)

– Die Gemeindeordnung ist an dieser Stelle nicht hinreichend. Sie haben immer nur auf Verordnungen verwiesen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Dr. Rülke, ich darf Sie bitten, zum Abschluss zu kommen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich komme gleich zum Abschluss. – Sie haben immer nur auf die Verordnungen verwiesen, und Sie haben immer nur auf die GPA, die Gemeindeprüfungsanstalt, verwiesen. Die GPA hat in Pforzheim geprüft und hat einige Anmerkungen gemacht. Geändert hat das Ganze nichts. Es lag ein Prüfbericht vor. Dieser Prüfber-

richt hat nicht dazu geführt, dass das Ganze in die öffentliche Diskussion geraten ist. Das war erst zwei Jahre später.

Es reicht also nicht aus, sich auf Verordnungen zu verlassen. Es reicht nicht aus, sich auf die GPA zu verlassen. Vielmehr brauchen wir zum Schutz der Kommunen eine klare gesetzliche Regelung mit dem Ziel der Nichtigkeit solcher Geschäfte, wenn sie abgeschlossen werden. Das wollen Sie offensichtlich nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wozu auch?)

Oder wollten Sie sich noch einmal zu Wort melden, Herr Kollege Schwarz?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein!)

Dann ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Gentechnikfreies Baden-Württemberg – Chance für Landwirtschaft, Natur und VerbraucherInnen/Verbraucher – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Das Präsidium hat auch für diese Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen gilt ebenso wie für die Redner in der zweiten Runde eine Redezeit von jeweils fünf Minuten. Auch die Regierung sollte diesen Redezeitrahmen einhalten.

Die Debatte ist in freier Rede zu führen.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE hat Kollege Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Anlass unserer heutigen Aktuellen Debatte ist insbesondere der am 9. März dieses Jahres, also in diesem Monat, abgelehnte und umstrittene Vorstoß aus Dänemark für eine Regelung nationaler Anbauverbote von gentechnisch veränderten Pflanzen in Europa. Er ist u. a. deswegen im EU-Umweltministerrat gescheitert – und das ist gut so –, weil er zu stark an eine Einigung der Länder mit der Industrie geknüpft war. Doch dazu später.

Die Debatte zum Thema Agrogentechnik ist nicht neu. Wir haben sie in der letzten Legislatur und auch in der vorletzten Legislatur immer wieder geführt, und zwar engagiert, meist auch sehr kontrovers. Unsere, die grüne Haltung zur Agrogentechnik war von Anfang an eindeutig. Diese Technik gehört in die Rubrik: Nicht alles, was der Mensch kann, sollte er auch tun. Das war schon lange vor den Zehn Geboten so, die Moses vor über dreitausend Jahren auf der Halbinsel Sinai bekam und die bis heute einen wichtigen Grundwertekanon für uns darstellen. Es ist auch heute so: Der Mensch hat die Verantwortung, sich genau zu überlegen, was er tut, und zu unterscheiden zwischen dem, was er tun kann, und dem, was er tun sollte.

Es stellen sich genügend grundlegende gesellschaftliche Fragen beim Thema Agrogentechnik, die parteiübergreifend kon-

(Dr. Markus Rösler)

rovers debattiert werden. Das ist im Bundestag so, das ist zum Glück auch hier im Landtag so. In welchem Maß darf, in welchem Maß soll der Mensch in die Evolution eingreifen? Wenn wir uns für das Zulassen eines Eingriffs entscheiden, mit welcher Begründung tun wir das? Wem gehört die genetische Vielfalt auf diesem Planeten? Wir dürfen sie verwenden. Wem gehören unsere Nutzpflanzen? Wer darf sich – Stichwort Biopatente – die rechtliche Aneignung dieser züchterischen Arbeit unter den Nagel reißen – wenn ich das einmal so formulieren darf –, die Arbeit von vielen Jahrhunderten?

Darüber hinaus ist natürlich auch ernsthaft über die Frage zu diskutieren: Cui bono? Wem zum Guten? Wem nutzt die Agrogentechnik? Wir Grünen – ich glaube, auch für die Kolleginnen und Kollegen von der SPD sprechen zu dürfen – stellen mit Freude fest, dass die CDU sich in der neuen Legislatur weiterentwickelt hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gentechnisch?)

Nachdem sich der Vorgänger unseres Ministers Alexander Bonde, Peter Hauk, hier nur mit großem Ach und Krach und Beschwerden vom aktiven Betreiben von gentechnischen Freilandversuchen verabschiedet hat – Er ist gerade ebenso wenig da wie Kollege Köberle; schade.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es reicht, wenn wir zwei da sind!)

– Nein, nein. – Ich möchte mich beim Kollegen Köberle bedanken, dass er vorsichtig, wie mir erst in der letzten Woche Mitarbeiter aus dem Haus berichtet haben,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aus welchem Haus?)

einen Schwenk bei der CDU eingeleitet hat, nämlich weg von der Agrogentechnik, während Kollege Hauk sich da ganz anders geäußert hatte. Damals war es die Junge Union, die Sie getrieben hat. Steffen Bilger, heute Bundestagsabgeordneter, hatte immer wieder und konsequent ein gentechnikfreies Baden-Württemberg gefordert. Da war die Jugend der CDU den Alten weit voraus.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was man heute nicht alles erfährt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ist heute eine Geschichtsstunde? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Eine Rede fürs Haus der Geschichte!)

Wir Grünen teilen schon lange den Wunsch der großen Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg: Wir wollen keine gentechnisch veränderten Organismen, weder auf unseren Äckern noch in unseren Lebensmitteln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das wissen wir doch alles!)

Wir wollen, dass heute, morgen und auch in Zukunft die Möglichkeit besteht, gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft betreiben zu können; denn Bienen- und Pollenflug halten sich nicht an menschliche Vorschriften oder an Abstandsregelungen. In Nordamerika – relativ neue Untersuchungen belegen

dies – sind gentechnisch veränderte Pflanzen in einigen Regionen nahezu flächendeckend längs der Highways zu finden.

Auch der Mensch selbst sorgt für die Verbreitung. Agrogentechnik ist ein klassisches Beispiel für die Büchse der Pandora und für Faust zugleich: Einmal freigelassen sind die Geister nicht mehr einzusperren. Setzt man Gentechnik auf dem Acker ein, wird selbst eine ungewollte Ausbreitung nicht zu verhindern sein. Agrogentechnik ist irreversibel, sie ist nicht mehr rückholbar. Eine Koexistenz von Agrogentechnik und gentechnikfreiem Anbau – wie sie hin und wieder formuliert wird – ist auch und gerade bei uns in Baden-Württemberg eine Utopie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb werden wir den Weg zu einem dauerhaft gentechnikfreien Baden-Württemberg einschlagen.

Mehr im zweiten Teil.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Karl Rombach.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt einer, der etwas von der Sache versteht!)

Abg. Karl Rombach CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Rösler, ich dachte zunächst, dass die Überschrift dieses Tagesordnungspunkts zutreffend sei. Aber ich hatte zunehmend das Gefühl, ich war in einer Geschichtsstunde.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das schadet nie!)

Zweitens: Sie haben die Bemerkung gemacht, die CDU habe dazugelernt. Hierzu möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben: Das ist der Unterschied zu Ihrer Partei und zu Ihnen persönlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bei den Grünen gilt mehr denn je: Irren ist menschlich!)

Denn wenn man aus der Vergangenheit nichts lernt, die Praxisgegebenheiten nicht beherrscht und nicht weiß, wovon man spricht, sondern nur über etwas spricht, dann gibt es Komplikationen in der Politik. Deshalb wollen wir uns wie bisher ernsthaft und nachhaltig der Politik stellen

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: In der Sache!)

und das Thema Gentechnik in der Sache behandeln.

Der Ausdruck „Gentechnikfreies Baden-Württemberg“ ist – seien Sie ehrlich – nicht zutreffend; das müssen wir feststellen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Auf dem Acker schon!)

Ich sage das nicht, weil ich das herbeisehne oder der Gentechnik das Wort rede. Sie wissen ganz genau, dass bei diesem

(Karl Rombach)

Thema auch die rote Gentechnik, die graue Gentechnik und die weiße Gentechnik mit angesprochen sind. Deshalb ist dieser Ausdruck nicht sachgerecht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wir reden vom Acker!)

Sie haben das Thema Agrogentechnik angesprochen. Das ist richtig. Ich ging auch davon aus, dass Sie das meinten und in diesem Zusammenhang die Chancen für die Landwirtschaft, für die Natur und für die Verbraucherinnen und Verbraucher mit ansprechen wollten.

Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition: Sie sind jetzt in der Verantwortung. Es reicht nicht mehr, dass Sie Feststellungen treffen und Positionen beziehen, sondern Sie müssen gestalten, agieren, weiterentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie müssen die Chancen für die Landwirtschaft, für die Natur und für die Verbraucherinnen und Verbraucher nutzen und umsetzen, meine Damen und Herren. Dazu bedarf es Vorschlägen von Ihnen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das machen wir ja!)

Sie müssen kreativ sein.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut! Jawohl! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sind wir!)

Sie müssen, nachdem Sie gestern „Jahrtag“ gefeiert haben,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: „Jahrtag“?)

endlich kapieren, dass Sie sich umstellen müssen. Die Wende beginnt in den Köpfen. Das ist bei Ihnen noch nicht angekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Wir stehen vor Herausforderungen, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Sie machen aber nur Vorwürfe und bringen „alte Zöpfe“ vor. Ich kann ein Zitat von Herrn Hauk aus dem Jahr 2006 anführen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Ich habe die Presseerklärung des damaligen Ministers Peter Hauk dabei, der sich im Hinblick auf die Kennzeichnungspflicht eindeutig gegen gentechnischen Anbau in Baden-Württemberg ausgesprochen hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber Freilandversuche hat er gemacht! Er hat sie intensiv vorangetrieben!)

– Jetzt muss ich Ihnen sagen: Erstens haben Sie in der Schule nichts gelernt, weil Sie immer dazwischenschwätzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Parlamentarische Zwischenrufe sind zulässig!)

Zweitens: Ich verstehe jetzt, Frau Kultusministerin, warum das Thema „Bildungsstandort Baden-Württemberg“ in jeder Plenarwoche auf der Tagesordnung ist: weil manche Abgeordneten der Regierungsfractionen nicht wissen, was sich gehört. Ich bin auf eine einzügige Schule gegangen und habe dort gelernt, dass man zuhört. Aber nicht einmal dazu sind Sie, Herr Dr. Rösler, imstand.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jawohl! – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Ich komme aus der Praxis, und ich weiß, wovon ich spreche. Ich stehe einem Unternehmen vor, das sich dem angesprochenen Thema seit 1998 stellt. Ich bin froh und dankbar, Herr Minister, dass Sie unserem, meinem Rat gefolgt sind.

(Lachen bei den Grünen)

– Natürlich. Das können Sie nachlesen. Das steht alles im Protokoll. Anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz war der Arbeitskreis V der CDU-Landtagsfraktion mit einer Abordnung unter der Leitung von Paul Locherer beim Raiffeisen Kraftfutterwerk in Kehl, wo das Thema seit 1998 aktiv gelebt wird. Wir haben Gott sei Dank eine steigende Entwicklung in Baden-Württemberg, was gentechnikfreie Ware angeht. Wir haben hier eine permanente Entwicklung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jawohl! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir haben keine Belehrung von Herrn Rösler nötig!)

Es gibt viele Unternehmen, die sich dem anschließen. Wir wissen, wie wir die Zukunft positiv gestalten. Dies müssen wir für unsere Landschaft und für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher tun. Ich kann Ihnen nur sagen: Gehen Sie einmal dorthin und erkundigen sich. Dann können Sie Ihren Informationsstand erweitern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich kann nur hoffen und wünschen, dass wir insgesamt, meine Damen und Herren, den Beispielen am Markt folgen. Es muss uns gelingen, in Baden-Württemberg mit einer Strategie für Eiweißpflanzen einen Aufbruch zu erreichen. Sie haben das wenigstens in kleinen Ansätzen im Haushaltsplan versucht; das gebe ich gern zu. Aber nehmen Sie einmal das Beispiel Bayern, meine Damen und Herren. Sie kommen nicht umhin, diesen Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg durch die Innovation und Forschung, die Sie im Land bieten – durch die Universität Hohenheim, durch das LTZ in Karlsruhe –, stärker zu nutzen. Die Anbaufläche in Baden-Württemberg können Sie nicht durch Worte erweitern, sondern nur durch Taten. Dazu kann ich Sie nur ermuntern. Sie müssen die Eiweißstrategie, die Bayern mit 2 Millionen € aufgelegt hat, um eine sogenannte Aufbruchstimmung zu erzielen, in Baden-Württemberg nicht nur anpacken, sondern umsetzen. Sie sind gefordert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gut!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Nicht Worte sind entscheidend, sondern Taten sind entscheidend. Die Wende beginnt. Ich hoffe,

(Karl Rombach)

dass sie heute beginnt. Das ist zwar ein Jahr zu spät, aber ich bitte sehr darum.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da merkt man die Leidenschaft für das Land!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Winkler.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt hast du es schwer, Alfred!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Karl Rombach, ich bin von deinem emotionalen Ausbruch etwas überrascht worden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, das kennt ihr nicht! – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich wusste gar nicht, dass man uns so überzeugen muss, dass wir keine Gentechnik wollen. Eigentlich war es umgekehrt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Deswegen verstehen wir nicht, dass ihr das auf die Tagesordnung setzt!)

Eigentlich müsstest du diese Rede vor der eigenen Fraktion und vor den eigenen Landwirtschaftsverbänden halten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Diese haben sich bisher nie dagegen ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt werden noch die Landwirtschaftsverbände beschimpft!)

Die haben sich nie dagegen ausgesprochen.

(Abg. Karl Rombach CDU: Natürlich! Natürlich!)

Das Einzige, was sie ausgesprochen haben, war eine Empfehlung, im nächsten Jahr, im übernächsten Jahr nicht einzusteigen. Das war das Einzige. Sie haben sich nie gegen die Gentechnik ausgesprochen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Du musst bloß zuhören! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach was! Keine Ahnung!)

und Ihre Regierung hat das auch nicht.

Ihr Kollege, der ehemalige Minister Hauk, hat an dieser Stelle davon geredet, dass wir die Chancen der grünen Gentechnik nicht vermasseln dürfen, sondern nutzen sollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So sieht es aus! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Forschung!)

Wir waren immer der Meinung, Forschung ist kein Problem; das ist etwas, was gemacht werden muss.

(Abg. Karl Rombach CDU: Also sich bekennen!)

Er hat hier an diesem Pult von den Chancen der Gentechnik geredet und hat davor gewarnt, dass wir den Landwirten etwas verbauen. Genauso haben es bisher die Landwirtschaftsverbände gesehen. Das ist eigentlich schade, denn wir hätten eine Unterstützung schon in früheren Jahren gebraucht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Winkler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Alfred Winkler SPD: Ja, natürlich.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Auf die warten wir! Jetzt kommt er mit der Künast, jede Wette! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er kommt allein! Die ist in Berlin gescheitert!)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Winkler, können Sie sich erinnern, dass ich gesagt habe, dass wir erstens nach wie vor die Forschung, auch die Freilandforschung bei der grünen Gentechnik, brauchen, aber auch zweitens, dass ich keinem Landwirt empfehlen kann, unter den obwaltenden rechtlichen Bedingungen gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen?

Abg. Alfred Winkler SPD: Lieber Kollege Hauk, das bestätige ich gern. Ich bestätige Ihnen sogar, dass Sie keinem Landwirt empfohlen haben, überhaupt nicht in die Gentechnik einzusteigen, sondern draußen zu bleiben – leider. Das wäre konsequent gewesen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kannst du das noch einmal wiederholen? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kann man das noch einmal wiederholen?)

– Noch einmal: Sie haben den Landwirten empfohlen, nicht einzusteigen. Sie haben nicht empfohlen, überhaupt die Finger davon zu lassen und draußen zu bleiben, auch in Zukunft nicht in die Gentechnik einzusteigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch überhaupt kein Unterschied! Alfred, verstehst du das selbst? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist an den Haaren herbeigezogen!)

– Nein, langsam. Ich verbrauche dazu ein bisschen von meiner Redezeit. Um was es mir geht: Sie haben es, wenn Sie gesagt haben: „Nicht einsteigen“, so gemeint: jetzt nicht und im nächsten Jahr vielleicht auch noch nicht. Aber Sie haben es immer offengelassen. Wir wollen es nicht offenlassen; wir wollen es abschließen. Das ist der Unterschied. Das haben Sie nie gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Andere Länder machen das. Italien hat es gemacht. Es gab Regionen in Frankreich, die es gemacht haben. Österreich hat es gemacht. In Brandenburg hat ganz aktuell vor einem Monat oder vor zwei Monaten der Landtag einen Beschluss gefasst: keine Gentechnik in Brandenburg;

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Von Brandenburg lernen heißt siegen lernen!)

Forschung ja, aber kein Anbau.

(Alfred Winkler)

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist der Unterschied?)

Ich bin etwas von meiner Rede abgekommen, aber das Thema ist das gleiche geblieben. Um was geht es? Es geht darum, ob wir in die sogenannten Chancen der Gentechnik einsteigen, wie Sie sie jahrelang proklamiert haben, oder ob wir in die Chancen der Biolandwirtschaft einsteigen.

Das ist eine generelle Linie, über die entschieden werden muss. Für uns ist die Entscheidung klar.

Sie ist auch deswegen klar, weil sich durch den Einsatz von Gentechnik etwas erwiesen hat, was dieser Technologie von vornherein stets vorgehalten wurde: Eine Koexistenz der Gentechnik mit anderen Anbaumethoden ist nicht möglich. Es gibt bei der Gentechnik keine Koexistenz. Wir haben verunreinigtes Saatgut und verunreinigte Produkte; Landwirte müssen ihre Felder unterpflügen. Durch Vermischung wurden sogar Spuren von nicht zugelassener Gentechnik auf unseren Feldern eingebracht. Das Märchen von der Koexistenz ist ein Märchen geblieben. Genau das ist die Gefahr, wenn wir in die Gentechnik einsteigen.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Vor genau einem Jahr haben wir dieses Thema bereits auf der Tagesordnung gehabt. Ich zitiere Ihren Kollegen Fischer von der CDU, der damals zum Thema „Gentechnisch erzeugtes Soja“ gesagt hat, wir brauchten dieses gentechnisch erzeugte Soja, da man Eiweißfutter benötige – das ist richtig –, und weiter ausführte:

Deshalb sind sie nicht verzichtbar. Sie können in Deutschland nicht erzeugt werden.

Nach seinem Dafürhalten hätten wir gentechnisch produziertes Soja einführen sollen, da wir es brauchten und keine Alternativen hierzu hätten. Das ist jedoch falsch. Es war vor einem Jahr falsch, und es ist noch immer falsch.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Bereits heute sind wir in der Lage – es werden entsprechende Versuche durchgeführt, und Landwirte experimentieren dabei ebenfalls –, importiertes, gentechnisch verändertes Eiweißfutter zu ersetzen. Das ist dringend notwendig, und zwar nicht nur wegen des Problems der Gentechnik, sondern auch wegen der Kosten, die für Eiweißfutter, Kraftfutter aus dem Ausland, aus Brasilien oder aus Amerika, anfallen. Weil diese Importe so teuer geworden sind und weil diese Produkte nicht mehr ohne Gentechnik zu haben sind, müssen wir Überlegungen anstellen, wie wir Eiweißfutter selbst anpflanzen können. Wir sind dabei.

Bei der Debatte im letzten Jahr haben Sie, Herr Kollege, sich ebenfalls nicht gegen die Gentechnik ausgesprochen. Sie haben auch damals noch die Gentechnik hier verteidigt,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist nicht wahr! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das stimmt doch nicht! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber sicher!)

Sie haben hier gentechnisch erzeugtes Kraftfutter verteidigt. – Bitte lesen Sie nach, was Ihr Kollege im März 2011 gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Die Konsequenz ist: Nur 10 % allen Saatguts, das hier verwendet, verteilt und in Verkehr gebracht wird, wird von staatlichen Stellen auf Gentechnikreste, auf Vermischung mit gentechnisch verändertem Saatgut, überprüft. Wir brauchen mehr Steuermittel, um diese Verunreinigung, die aufgrund der nicht funktionierenden Koexistenz besteht, auszuschalten und das Saatgut sauber zu trennen. Ist das aber unsere Aufgabe? Es ist die Aufgabe der Futtermittelindustrie, die die Gentechnik anwendet, dies sauber zu trennen. Sie kann diese Aufgabe jedoch nicht lösen. Deswegen hat Gentechnik bei uns auch nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war vor einem Jahr auch schon nicht anders!)

Lieber Kollege Rombach, uns braucht man in Sachen Gentechnik nicht zum Jagen zu tragen. Wir sind seit Jahren im Land dabei, eindeutige Aussagen und eindeutige Vorgaben zu formulieren und die Verbände bei dem Anliegen, gentechnikfrei zu bleiben, hinter uns zu bringen. Die Landwirtschaftsverbände täten gut daran, auf die Landfrauen zu hören, die die Gentechnikfreiheit schon vor Jahren, also lange vor Ihnen, gefordert haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Landfrauen! Da haben es die Frauen mal wieder vorgemacht! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es war schon immer gut, auf Frauen zu hören!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Bullinger.

(Zurufe von der SPD: Jetzt wird es schwer! – Jetzt kommt ein kräftiges Sowohl-als-auch!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! In der Aktuellen Debatte unter Punkt 1 der Tagesordnung haben wir gerade gehört, dass eine solche Debatte tatsächlich aktuell sein sollte. Dieses Thema – ich kann mich an die Zeit meiner Ausbildung und meine Zeit in der Landjugend erinnern – ist alles andere als aktuell; es ist nämlich ein Dauerthema und nicht gerade heute, Herr Kollege Rösler, besonders aktuell. Viel aktueller wäre es, wenn Sie – wenn Sie schon ein agrarpolitisches Thema in diesem Haus behandeln wollen – einmal darüber sprächen, was Sie tun wollen, um unseren Landwirten zu helfen, die Frostschäden in zweistelliger Millionenhöhe haben. Das wäre eine Aktuelle Debatte im Agrarbereich wert gewesen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Allerdings finde ich es gut, Herr Minister – auch das darf ich sagen –, dass Sie sich vor Ort erkundigt haben. Das finde ich hervorragend. Jetzt wäre eigentlich die Koalition gefordert, die Maßnahmen zu ergreifen, die nötig wären, um den vielen

(Dr. Friedrich Bullinger)

Landwirten in Baden-Württemberg – vor allem denjenigen, die in der Veredelung tätig sind – zu helfen und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie ihre Existenz erhalten können. Das wäre als Thema für eine Aktuelle Debatte in diesem Haus geeignet gewesen, wenn man schon über das Thema Agrarpolitik – Gott sei Dank steht es einmal an einem Vormittag auf der Tagesordnung – sprechen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist richtig: Wir haben am 21. Oktober 2009 eine Anhörung gehabt; da wurden die meisten Punkte, die hier heute vorgetragen wurden – alle im Protokoll nachlesbar –, behandelt. Deshalb möchte ich mich auch auf einige grundsätzliche Aussagen beschränken.

Meine Damen und Herren, wenn ich gerade von der SPD höre, wie toll sie beim Thema Gentechnik sei, darf ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus der „Märkischen Oderzeitung“ – Brandenburg – vom 20. September 2011 zitieren:

SPD will Weg für Gentechnik ebnen

Die SPD-Fraktion im Landtag will den Weg für Gen-Experimente in der brandenburgischen Landwirtschaft ebnen. Ein gemeinsamer Antrag mit der Linken spricht sich gegen die Behinderung von Forschungsarbeiten aus. Auch Freilandversuche sollen möglich sein.

Ich kann nur eines sagen: Da hat die SPD recht, denn man muss in einem Land der freien Forschung auch die entsprechenden Möglichkeiten einräumen. Allerdings ist eines ganz klar: Dies geht nur mit den entsprechenden Sicherheiten, die man dazu braucht.

Meine Damen und Herren, da muss ich sagen – das habe ich auch bei der Diskussion im letzten Jahr gesagt –: Wenn eine Freisetzung erfolgt, dann muss man diese Freisetzung so vornehmen, dass sie wirklich ungefährlich ist. Da kann ich nicht mit 100, 175 oder 300 m Abstand argumentieren. Das ist natürlich eine falsche Herangehensweise. Die Bienen hören nicht nach 150 m auf zu fliegen; sie mögen den Mais gar nicht, aber wenn sie hungrig sind, dann fliegen sie 3 km und mehr.

Die Forschung auf diesem Gebiet muss man bündeln. Ich bin der Auffassung, in Deutschland muss geforscht werden, muss experimentiert werden, aber nicht jede Universität, nicht jede Fachhochschule und nicht jeder Fachhochschulprofessor müssen in ihrem Krautgärtle auch noch einen Versuch machen, meine Damen und Herren. Das ist nicht erforderlich.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Bullinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Hahn?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, bitte, Herr Kollege. Das geht nach der alten Geschäftsordnung allerdings auf Kosten meiner Redezeit. Beeil dich bitte.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Sie haben sehr präzise beschrieben, dass Sie die Forschung wollen. Wie konkret sieht die Forschung für grüne Gentechnik für Sie in Baden-Württemberg aus? Können Sie sich das vorstellen? Sie haben eben sehr treffend beschrieben, wie Sie das mit dem Bienenflug einschätzen. Daher hätte ich gern eine konkrete Stellungnahme für oder gegen Forschung für grüne Gentechnik in unserem Land.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Kollege, ich darf Ihnen sagen – ich habe eine gute Fantasie und bin Fachmann –: Ich kann es mir vorstellen. Das ist zunächst meine Antwort. Alles andere ginge von meiner Redezeit weg; das können wir einmal bilateral unter Fachleuten machen.

Meine Damen und Herren, wer gegen Gentechnik ist, muss klar sagen, gegen welche Gentechnik er ist. Das heißt: Gentechnik ist ein Segen. Gegen rote, weiße, gelbe und auch die graue wie die blaue Gentechnik – jeder in diesem Haus weiß, was damit gemeint ist – haben wir nichts.

Jetzt geht es um die grüne Gentechnik. Da muss ich klipp und klar sagen: Auch hier wird der Markt entscheiden. Ich würde als Betriebsleiter in Baden-Württemberg – ich rede jetzt nicht von anderen Ländern, wo es vielleicht um Kälteresistenz, um Salzresistenz oder um Trockenresistenz geht, wobei man die Weltenernährung mit Gentechnik allein mit Sicherheit auch nicht sicherstellen kann – auf sie verzichten, weil der Markt sie nicht will, weil sie nicht nachgefragt wird, weil die rechtlichen Sicherheiten nicht vorhanden sind. Genau das tun unsere Bauern.

Wichtig sind hier vor allem die Kennzeichnungen. Hier sage ich als Verbraucherschützer: Es muss klar, deutlich und verlässlich gekennzeichnet werden, und zwar so, dass der Verbraucher entscheiden kann: Will ich dieses Produkt, oder will ich es nicht? Auf die Kennzeichnung muss er sich verlassen können. Deshalb müssen wir im Rechtsbereich noch viel besser werden.

Das Thema Koexistenz ist ebenfalls angesprochen worden. Meine Damen und Herren, man muss sich vielleicht einmal kundig machen, wie es in der EU mit dem Bundesrecht ausschaut. Da ist es eben so – das habe ich am 27. Februar 2009 im „Staatsanzeiger“ deutlich gesagt –: Die Koexistenz ist ein Grundsatz der Gentechnik-Rechtsvorschriften der EU, und zwar beschlossen in der Zeit unter der rot-grünen Bundesregierung. Damals hat diese rot-grüne Bundesregierung das in Brüssel nicht verhindert. So ist die Rechtslage. Deshalb sollten wir, meine Damen und Herren, nicht so tun, als könnten wir alles anders machen.

Was die Erträge betrifft: Auch von den Erträgen her brauchen wir die Gentechnik in Baden-Württemberg nicht. Man hat heute Erträge, die beim Zwei- bis Dreifachen dessen liegen, was wir vor 30 Jahren hatten, und das ist ohne Gentechnik gelungen, nämlich mithilfe einer hervorragenden Züchtung durch unsere mittelständischen Züchter.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gut! Sehr gut!)

Das ist ein Punkt, an dem ich sage: Aus diesem Grund brauchen wir sie in Baden-Württemberg nicht.

Meine Damen und Herren, ich darf zum Schluss kommen: Die unabhängige Forschung mit der grünen Gentechnik ist notwendig. Ein Zeuge, den ich sehr schätze, Dr. Clemens Dirscherl – er ist immerhin EKD-Agrarbeauftragter und unverdächtig, ein Gentechnikfan zu sein –, sagte ganz klar: Wir brauchen diese Gentechnik als Forschung, und wir brauchen auch die andere Gentechnik, die im nicht grünen Bereich.

Deshalb sollten wir sehr genau differenzieren und nicht aus dem Bauch heraus, aus Lust und Laune oder nach dem Ge-

(Dr. Friedrich Bullinger)

fühl, sondern naturwissenschaftlich argumentieren. Denn dann hat das, glaube ich, Sinn. Physik und Chemie können Sie mit Gesetzen nicht politisch ändern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast 90 % unserer Bevölkerung wollen keine Lebensmittel kaufen, die gentechnisch verändert sind oder gentechnisch veränderte Zutaten beinhalten. Es gibt gute Gründe, dass unsere Bevölkerung dies so einschätzt. Wir teilen diese Einschätzung.

Von gentechnisch veränderten Organismen können Risiken ausgehen, die bis heute nicht erforscht sind. Die gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermittel können Risiken für Mensch und Tier bergen. Die Auskreuzung auf Wildpflanzen kann nicht abschätzbare Wirkungen zeigen. Bisher ist auch das Aufkommen von Pflanzenschutzmitteln durch herbizidtolerante GVO-Pflanzen gesteigert worden. Das heißt, durch die Gentechnik wurde der Einsatzbedarf von Chemie erhöht. Im Übrigen wurde der Welthunger durch gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht gesenkt, sondern im Gegenteil: Gentechnik ist eine Technologie für die Multis, für die Großkonzerne und behindert eine Landwirtschaft, die weltweit von kleinen und mittelständischen Landwirtinnen und Landwirten geprägt ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Nachsehen, wenn beispielsweise beim Schweinefleisch nicht gekennzeichnet wird, dass dies von Schweinen kommt, die mit gentechnisch verändertem Soja gefüttert worden sind. Somit ist eine der zentralen Aufgaben für uns, Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher herzustellen.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Gesetzgebungskompetenz gerade bei den Regelungen zur Transparenz liegt beim Bund und bei der EU. Das ist genau der Punkt, weshalb diese Debatte außerhalb des Landtags brandaktuell ist: In Brüssel befinden wir uns mitten in der Diskussion über die Gesetzeslage.

Unser Problem in Deutschland liegt beim Bund: Die Bundesregierung drückt sich seit Jahren, von der EU eine klare Regelung zu fordern. Wenn wir uns hier im Haus einig sind, bin ich froh. Was wir im Bund erleben, hat der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer von der CSU im Jahr 2008 sehr treffend formuliert. Er hat gesagt:

In Bayern ... bin ich gegen Gentechnik. In Brandenburg aber ... muss man die Frage anders beantworten.

(Zuruf: Siehe FDP!)

Dies skizziert leider sehr präzise auch die Position seiner Nachfolgerin Ilse Aigner.

Hier in Baden-Württemberg tun wir, was wir können, damit die Produktion von Lebensmitteln gentechnikfrei bleibt. Das ist eine klare Ansage im Koalitionsvertrag und eine klare Position der grün-roten Landesregierung.

Weil die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher keine gentechnisch veränderten Lebensmittel wollen, ist eine garantierte gentechnikfreie Produktion ein Vorteil unserer Landwirte. Dies ist eine Chance für unsere eher kleinen und mittelständisch geprägten bäuerlichen Betriebe.

Um was geht es jetzt konkret? Was haben wir im Land bereits eingeleitet? Wir haben die gute Situation, dass in Baden-Württemberg derzeit keine gentechnisch veränderten Organismen angebaut werden. Aber beim Thema Futtermittel und anderen Themen ist ein genaues Hinschauen nötig. Das Land beteiligt sich vor allem hinsichtlich des Maissaatguts an den bundesweit jährlich durchgeführten Saatgutmonitorings, was einen Blick auf gentechnisch veränderte Organismen lenkt. Auch in diesem Jahr haben wir in Baden-Württemberg rund ein Drittel aller in Deutschland gezogenen Maissaatproben untersucht. Unternehmen aus Baden-Württemberg, in deren Saatgut entsprechende Spuren vorgefunden werden, müssen ihr Produkt vom Markt nehmen.

Wir haben auch die Lebensmittel im Blick. Die Lebensmittelüberwachung untersucht regelmäßig Rohstoffe und Produkte auf gentechnisch veränderte Organismen. Auch hier gilt: Die Produkte, in denen GVO enthalten sind, werden aus den Regalen in Baden-Württemberg entfernt.

Kurz zu dem, was wir in diesem Jahr vorhaben: Wir wollen dem europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen, also der Charta von Florenz, beitreten. Mit diesem Beitritt wollen wir uns verpflichten, die Landwirtschaft möglichst wirksam vor der Verwendung von GVO-Saatgut zu schützen und auf die EU und die Bundesregierung einzuwirken, damit die geltenden Verordnungen und Gesetze im Sinne einer gentechnikfreien Landwirtschaft überarbeitet werden. Auch ein EU-weites Sanktionssystem nach dem Verursacherprinzip muss aus meiner Sicht dazu gelten.

Was wir in Baden-Württemberg angestoßen haben, ist: Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen am Produkt erkennen können, wo sie, wenn sie ein gentechnikfreies Produkt wollen, zugreifen können. Es gibt beim Einkauf das Logo „Ohne Gentechnik“, das viele Unternehmen in Baden-Württemberg bereits aktiv einsetzen, und das sehr erfolgreich. Als Beispiele will ich Firmen nennen, die ich in letzter Zeit besucht habe: im Nudelbereich ALB-GOLD auf der Schwäbischen Alb, die Schwäbisch-Hällische Bäuerliche Erzeugergemeinschaft beim Fleisch oder auch die ZG Raiffeisen mit ihrem Raiffeisen Kraftfutterwerk Kehl. Das alles sind erfolgreiche baden-württembergische Betriebe, die deutlich machen: Es gibt einen Markt für zertifizierte Produkte ohne Gentechnik.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Dazu kommt, dass Bioprodukte der gängigen Anbauverbände ebenfalls garantiert und zertifiziert ohne Gentechnik produziert werden.

Wir wollen jedoch dabei nicht stehen bleiben. Wir wollen mit einer Weiterentwicklung des baden-württembergischen Qua-

(Minister Alexander Bonde)

litätszeichens QZBW einen weiteren Schritt einleiten und auch hier das Element „Ohne Gentechnik“ einbeziehen. Das heißt, Erzeuger und Verbraucher sollen wissen, dass Qualitätsproduktion in Baden-Württemberg das Thema „Ohne Gentechnik“ mit beinhaltet und dass das Teil des Qualitätsanspruchs in unserem Land ist.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aus der bisher geltenden Sollvorschrift werden wir eine verbindliche Regelung machen. Wir wollen GVO in Futtermitteln im Qualitätszeichen ausschließen. Wir sind darüber in intensiven Gesprächen mit den Nutzern des Qualitätszeichens, um sie mitzunehmen und in den notwendigen Umstellungsprozessen zu stützen.

Weil wir vonseiten des Landes eine Vorbildfunktion haben, werden wir auch in den Landesanstalten auf GVO-freies Futter umstellen, weil klar ist, dass wir, das Land, den Qualitätsanspruch auch in den eigenen Einrichtungen umsetzen wollen und müssen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das Thema Qualitätszeichen ist auch deshalb wichtig, weil es derzeit keine analytischen Möglichkeiten gibt, in den Lebensmitteln, insbesondere was Eier, Milch und Fleisch angeht, zu kontrollieren, ob gentechnisch veränderte Organismen in der Fütterung eingesetzt wurden. Deshalb wollen und müssen wir an der Prozesskontrolle ansetzen. Das ist – ähnlich wie beim ökologischen Landbau – dann beim Qualitätszeichen der Fall. Darüber hinaus wird unsere amtliche Futter- und Lebensmittelüberwachung die Wirksamkeit der Eigenkontrollsysteme des QZBW und die korrekte Verwendung des Logos „Ohne Gentechnik“ weiterhin intensiv prüfen.

Erlauben Sie mir zum Schluss ein paar Worte zum Bund und zur EU. Wir haben im Moment die Situation, dass auf europäischer Ebene ein guter Vorschlag des Europäischen Parlaments vorliegt, der aber von den Nationalstaaten blockiert wird. Deutschland spielt dabei, obwohl es in der Situation wäre, als Zünglein an der Waage zwischen den Mehrheiten richtig etwas zu bewegen, im Moment eine unrühmliche Rolle. Frau Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner wie auch Herr Umweltminister Röttgen blockieren jeglichen Fortschritt durch sinnvolle Regelungen mit dem Hinweis auf die WTO und die Handelspolitik. Ich halte dies für ein vorgeschobenes Argument, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil deutlich ist: Wenn Deutschland sich bewegen würde – sowohl in der Frage der Haftungslinien als auch hinsichtlich der nationalen Möglichkeiten zur Zulassung –, wären große Schritte erreichbar.

Die Landesregierung wird weiter Druck machen. Wir werden gemeinsam mit Vertretern der baden-württembergischen Ernährungsindustrie im September in Brüssel einen weiteren Vorstoß unternehmen. Wenn wir uns hier in dieser Position zur Gentechnikfreiheit einig sind, fordere ich Sie von CDU und FDP/DVP auf: Sorgen Sie dafür, dass Ihre Bundesregierung, Ihre Mehrheitsfraktionen im Bundestag ihre Obstruktionspolitik einstellen und endlich vernünftige Regelungen im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat herbeiführen, damit wir hier im Land die Regelungen treffen können,

die unsere Verbraucherinnen und Verbraucher von uns erwarten. Sie wollen keine Gentechnik auf dem Teller und auch nicht auf dem Acker. Es liegt an uns, Druck auf die Bundesregierung zu machen, und auch an Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren in der Opposition, Ihre Bundesparteien auf Linie zu bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von den Grünen: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Eine Nachfrage. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Gernot Gruber SPD: Herr Minister Bonde, ich hätte noch eine kurze Frage: Wenn die Regelungen auf EU-Ebene leider scheitern, weil sie durch die Bundesregierung nicht unterstützt werden, welchen Handlungsspielraum gibt es dann für Regelungen, die man in Baden-Württemberg erlassen kann?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herzlichen Dank für die Frage. Unser Problem in Baden-Württemberg ist genau das, dass die aktuellen Regelungen in Brüssel wie auf Bundesebene uns sehr wenig Handlungsspielräume geben. Deshalb muss es auf der europäischen Ebene gerade jetzt darum gehen, sowohl bei der Frage des Anbaurechts als auch bei verschiedenen anderen Fragestellungen endlich eine sinnvolle Lösung hinzubekommen. Wir haben die ungute Situation, dass nach den aktuellen Regelungen in einem blockierten Rat, in dem sich die europäischen Nationen gegenseitig blockieren, Deutschland Teil der Blockade ist.

Zum Schluss werden die Entscheidungen darüber, was an Zulassungen ausgesprochen wird, innerhalb der Europäischen Kommission auf Beamtenbene getroffen, und das entspricht nicht unserem Anspruch bezüglich der Kontrollverfahren. Wir haben ferner die Situation, dass durch den Lissabon-Vertrag unsere Möglichkeiten als Nationalstaaten noch geringer werden. Die für Baden-Württemberg als Land bestehenden Möglichkeiten hängen davon ab, wie die Bundesregierung die europäischen Möglichkeiten umsetzt. Deshalb liegt der für uns entscheidende Schlüssel im Moment in Brüssel. Deshalb ist diese Debatte brandaktuell. Ich will Sie deshalb auffordern: Wir brauchen jetzt jeden Druck nach Brüssel, den wir gemeinsam mobilisieren können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Frage, eine Frage des Kollegen Dr. Bullinger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister Bonde, ich wollte einfach noch einmal nachfragen: Genau in der Zeit, in der Sie Bundestagsabgeordneter waren und die Grünen die Ministerin, Frau Künast, stellten, wurden ja diese Beschlüsse gefasst, die uns jetzt teilweise behindern. Könnten Sie einmal ganz konkret sagen, welche der damaligen falschen Beschlüsse man korrigieren müsste?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Bullinger, ich erinnere mich, wenn ich an meine Zeit im Bundestag zurückdenke, tatsächlich an viele Debatten zum Thema Gentechnik. Ich erinnere mich allerdings hauptsächlich an Frau Happach-Kasan von der FDP,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

eine der intensivsten Gentechniklobbyistinnen, die diese Republik kennt. Ich erinnere mich auch gut an Herrn Goldmann, der dazu eine ähnliche Linie vertritt. Ich erinnere mich vor allem daran, dass Frau Künast in der ganzen Diskussion über die Frage einer Verschärfung der Positionen in Brüssel keinerlei Unterstützung aus Ihrer Fraktion bekommen hat und Sie unter der Überschrift der Freiheit der Wissenschaft und der Freiheit des Handels immer Vorposten der Gentechnikindustrie waren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was hat sie denn erreicht?)

Insofern, mit Verlaub: Wer hier jahrelang den Bettvorleger von Monsanto gegeben hat, ist vielleicht in dieser Debatte nicht der richtige Ratgeber.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Juhu! Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Wünschen Sie, Herr Abg. Dr. Rösler, in der zweiten Runde das Wort? – Herr Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen und insbesondere Kollege Rombach! Ich glaube, Sie haben verschlafen, dass die Wende schon lange begonnen hat. Sie monieren, wir würden nichts tun.

(Zuruf: Das stimmt! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kollege Rombach ist hellwach!)

Herr Minister Bonde hat mitgeteilt, dass wir beim Qualitätszeichen dabei sind, die Richtlinien zu ändern, dass die Landesanstalten sich entsprechend Futtermittel besorgen. Es gibt eine lange Latte von Maßnahmen, die wir bereits durchführen, aber das scheint bei Ihnen, wie gesagt, leider noch nicht angekommen zu sein.

Wir wollen darüber hinaus nicht nur sauber, sondern auch fair bleiben. Im Jahr 2010, also vor zwei Jahren, sind in Baden-Württemberg 28 600 t gentechnisch veränderte Sojabohnen eingeführt worden. Wir wollen eben nicht, dass unsere Kühe am Rio de la Plata weiden. Wir werden uns deswegen – das haben Sie angesprochen – für einen verstärkten Anbau von Soja hier im Land einsetzen. Natürlich steht das auf der Matte. Wir werden das auch im Rahmen der Debatte um MEKA 2014 einbringen und werden überlegen, in welcher Form wir dort eine verstärkte Eiweißstrategie fahren können. Sie selbst wissen, dass das die beste Möglichkeit ist, grundlegende Änderungen und eine Wende herbeizuführen.

Ich möchte aber noch einmal auf die Frage der Mitgliedschaft im Netzwerk gentechnikfreier Regionen Europas eingehen.

Das hätte man schon vor Jahren machen können. Das hätten Sie auch schon vor zwei oder vier Jahren machen können; das haben Sie aber nicht gemacht. Wir werden dort jetzt Mitglied. Wir befinden uns in guter Gesellschaft: Nicht nur das CDU-geführte Thüringen ist dort mit dabei, sondern auch alle neun österreichischen Bundesländer und italienische und französische Genießerregionen wie die Auvergne oder die Bourgogne, die Toskana oder Umbrien sind dabei. Last, but not least, insbesondere meine Damen und Herren von der CDU: Mitglied sind auch die Bretagne und die Normandie,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gibt es in Spanien auch welche?)

also die Regionen, die nach Aussagen eines ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten westlich von Paris liegen, wo gar keine Leute wohnen, sondern nur Kühe weiden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Recht hat er!)

Selbst all diese Regionen sind mit dabei. Kurz: Unser Land wird sich in Bälde dank Grün-Rot in allerbesten Genießergesellschaft befinden. Daran hat es unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung leider allzu lange gemangelt.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Das werden wir auch deshalb tun – das sei noch angemerkt –, weil gentechnisch veränderte Pflanzen zu höherem Pestizideinsatz führen. Ich muss sagen, ich bin froh, dass jetzt auch von der FDP andere Signale kommen als bisher.

Jetzt komme ich noch einmal auf die Aktuelle Debatte über die EU zu sprechen. Wir brauchen im Augenblick –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

der Minister hat es ausformuliert – alle Unterstützung unserer Bundestagsfraktionen, das heißt, der Fraktion der CDU/CSU, auf die Sie von der CDU einwirken müssten, und der Fraktion der FDP, auf die Sie von der FDP/DVP einwirken müssten – Grün und Rot machen es sowieso –, um im Europäischen Parlament eine andere Position herbeizuführen, um dort die Mehrheit für eine Variante zu finden, die das Europäische Parlament im Juli 2011 beschlossen hat. Es gibt die Möglichkeit – es war sogar eine Kollegin der Liberalen, die auf Artikel 192 der EU-Verfassung hingewiesen hat; das sind Umweltregelungen –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

zuzulassen, dass unterhalb der EU-Ebene ein Verbot von gentechnisch veränderten Produktionen in einzelnen Ländern beschlossen wird. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie, wenn Sie hier hinstehen und sagen: „Keine Gentechnik“, dann auch in Ihrer Bundestagsfraktion dafür werben, sich dafür einsetzen, dass seitens der EU-Ebene diese Möglichkeiten eröffnet werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das brauchen wir. Wenn Sie sich da auf Bundesebene mit der Mehrheit von Schwarz-Gelb nicht bewegen, dann tut sich da auch wenig, weil Deutschland in der EU noch immer mit der wichtigste Partner ist.

(Dr. Markus Rösler)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Es sei dann noch angemerkt, Herr Kollege Rombach: Der Erfolg hat immer viele Väter. Es freut mich, wenn Sie, auch als Vertreter des BLHV, sagen, der Besuch des Ministers in Kehl gehe auf Ihre Idee zurück. Wenn Sie die Kollegen von Bio-land fragen, dann sagen sie genau das Gleiche. Der Erfolg hat viele Väter.

In diesem Sinn kann ich nur sagen: Es freut uns sehr wohl, wenn die CDU jetzt nicht nur beim Thema Energie bei der Energiewende angekommen ist, sondern auch beim Thema Agrar bei der Agrarwende angekommen ist. Ein Land ohne Gentechnik hilft den Verbrauchern, hilft auch unserer lebensmittelverarbeitenden Industrie und hilft den Landwirten. Ich hoffe, dass es unser gemeinsames Anliegen ist,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die Landwirte hier im Land gentechnikfrei produzieren werden.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen. Die vorgenannten Punkte sind benannt. Die Wende schreitet in diesem Punkt voran. Baden-Württemberg wird dauerhaft gentechnikfrei bleiben und werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bleiben oder werden?)

Das ist grün-rote Politik. Dafür steht unser Minister Bonde, dafür stehen die Kollegen von den Sozialdemokraten, dafür stehen wir Grünen, dass Baden-Württemberg dauerhaft gentechnikfrei bleibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Karl Rombach.

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Rösler, eine Aktuelle Debatte ist auch immer etwas mit Emotionen verbunden; das befruchtet auch. Trotzdem muss man sich in der Politik an den Tatsachen orientieren. Wenn Sie jetzt die Loblieder singen, dass Sie Baden-Württemberg als Markenzeichen Ihrer Politik weiterhin gentechnikfrei halten wollen, dann können Sie dies nur auf der Grundlage, dass das über 50 Jahre lang praktiziert wurde. Da können Sie die Vorgängerregierung nicht außer Acht lassen. Das ist eine Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Zweitens: Herr Minister Bonde hat die erfolgreiche Entwicklung, was namhafte Produzenten angeht, angesprochen. Sie haben beispielsweise ALB-GOLD in Trochtelfingen erwähnt. Die Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall und die Schwarzwaldmilch in Freiburg sind weitere Unternehmen, die Sie in dieser Reihenfolge einordnen können. Das ist zu begrüßen und findet uneingeschränkt unsere Unterstützung.

Eines muss ich Ihnen auch noch einmal sagen, Herr Dr. Rösler: Der Unterschied zwischen Ihnen und mir liegt vielleicht doch schon in der Tatsache, dass ich dem Unternehmen ZG Raiffeisen politisch vorstehe. Sie können noch so viele Wälzer wälzen und Protokolle lesen, Sie werden eine durchgängige Kontinuität der Sonntagsreden mit der Werktagsarbeit von mir finden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, sage ich Ihnen, kann ich mit Argumenten punkten. Das Unternehmen Raiffeisen Kraftfutterwerk Kehl hat in diesem Punkt seit 1998 eine Entwicklung genommen – ich stehe diesem Unternehmen seit 2003 vor –, für die ich von Ihnen gern ein Lob erfahren würde.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir loben dich!
– Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Wenn Sie glauben, ständig kritisieren zu können, liegen Sie falsch,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und zwar deshalb, weil in Baden-Württemberg vor über zwölf Jahren von der damaligen Ministerin Staiblin ein Ökomonitoring eingeführt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Minister, zur politischen Fairness würde es gehören, bei aller Kritik, die es im Einzelfall vielleicht einmal geben kann, auch dies positiv zu erwähnen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Rombach, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pix?

Abg. Karl Rombach CDU: Ich mache es wie er: zum Schluss.

(Lachen des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Ich will aus meiner Sicht noch sagen, was politisch zu tun ist, Herr Dr. Rösler und Herr Minister, um am Markt weiterhin ein gentechnikfreies Baden-Württemberg zu festigen: Wir müssen unabhängiger werden von den Importen aus Übersee. Das ist, denke ich, unser gemeinsames Anliegen. Ich kann Ihnen nur noch einmal ans Herz legen: Nicht die Worte sind entscheidend, auch wenn sie noch so kraftvoll sind.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Vielmehr werden Sie an den Taten gemessen, um das klipp und klar zu sagen.

Ich sage hier für die CDU-Landtagsfraktion: Wir brauchen beim Thema Eiweißstrategie eine Entwicklung, einen sogenannten Aufbruch Baden-Württemberg. Ich habe vorhin gesagt: Ich gebe zu, gewisse Ansätze im Haushalt sind vorhanden, aber das ist noch zu wenig.

Ich möchte drei Punkte erwähnen, die aus der Praxis heraus notwendig sind:

Erstens: Das Thema Grünland, das Sie immer so „hofieren“, bleibt in dieser Frage auf der Strecke. Denn der Grünlandauf-

(Karl Rombach)

wuchs wird in seiner Frische, in seiner kraftvollen Art für unsere Tierhaltung durch Reglementierung in vielen Teilen unseres Landes

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

und durch Unterschutzstellung degradiert, ausgegrenzt und entwertet.

(Zuruf)

– Doch, doch, im Einzelfall. Durch späte Schnittzeitpunkte ist das gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da spricht der Fachmann! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich gebe zu: Das ist ein Spagat. Ich bin nicht gegen eine Unterschutzstellung im Einzelfall, aber de facto muss das angesprochen werden. Darauf müssen Sie Antworten geben.

Der zweite Punkt: Wir brauchen eine stärkere Unterstützung durch Forschung und Beratung in Baden-Württemberg, beispielsweise durch das Technologiezentrum Augustenberg in Karlsruhe. Wir müssen auch die Universität Hohenheim stärken, die sich gerade im Bereich der Sojabohnenzüchtung, Herr Minister, stärker etablieren will.

Der dritte Punkt: Wir brauchen eine stärkere Förderung der Eiweißfuttermittel in Gänze. Hier sage ich noch einmal: Sie können am Beispiel Bayern für die Zukunft lernen. Hinsichtlich der Verantwortung, die Sie in der Regierung tragen, kann ich nur sagen:

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn Sie Bayern als Beispiel nehmen und dem die bisherige Tätigkeit des Landes Baden-Württemberg bei diesem Thema gegenüberstellen, dann werden Sie feststellen, dass Sie von den unionsgeführten Ländern nach wie vor lernen können. Ich kann Ihnen das nur wärmstens empfehlen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Rombach, Sie wollten noch eine Frage des Kollegen Pix zulassen. Wir haben auch noch Zeit.

Abg. Karl Rombach CDU: Ja, bitte.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Rombach. – Sie haben von Ihrem Leben als Multifunktionär und als ZG-Vorstandsmitglied erzählt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das bringt Lebenserfahrung und Fachwissen mit sich!)

Abg. Karl Rombach CDU: Das ist falsch.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Als Aufsichtsratsvorsitzender. – Sie haben die Futtermittelwerke erwähnt. Jetzt frage ich Sie, wie Sie sich den Umstand erklären, dass sich in Baden-Württemberg zahlreiche Organisationen – von der katholischen

Kirche bis hin zu den Landfrauen – zu einem Bündnis für Gentechnikfreiheit zusammengeschlossen haben und sich als einzige wesentliche Organisation der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband, dessen Vorstand Sie auch angehören, bisher nicht entschließen konnte, diesem Bündnis beizutreten.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Karl Rombach CDU: Der Unterschied liegt darin – da gebe ich Ihnen eine klare Antwort –, dass ich persönlich von Absichtserklärungen nichts halte. Sie haben selbst Bezug darauf genommen, wie die praktische Umsetzung im Raiffeisen Kraftfutterwerk in Kehl stattfindet. Der praktische Beweis ist allemal besser, als es öffentliche Erklärungen sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig: Wir haben in Baden-Württemberg bisher keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Es ist richtig: Er ist hier bisher auch nicht protegiert und gefördert worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Deswegen verstehen wir die ganze Debatte nicht!)

Herr Kollege Hauk hat als ehemaliger Landwirtschaftsminister darauf hingewiesen, dass er die Empfehlung gegeben hat, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten. Der Hintergrund ist jedoch ein anderer. Der Hintergrund ist die Haftungsfrage, die die rot-grüne Bundesregierung damals in Berlin so bestimmt hat, dass jeder, der gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut, dafür haftet. Die Landwirte gingen Gott sei Dank das Risiko nicht ein. Sie wurden per Empfehlung auch darin bestärkt, das Risiko nicht einzugehen. Das ist der Grund, warum wir es nicht haben. Es steht keine politische Entscheidung dahinter, sondern Angst und Respekt vor dem wirtschaftlichen Risiko. Deswegen war die damalige Entscheidung richtig.

Wir haben heute zum ersten Mal die Situation – Herr Kollege Rombach, Sie sagten vorhin, wir seien in der Verantwortung, die Wende beginnt; Kollege Dr. Bullinger ist mittlerweile auf der Linie –,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dass wir hier im Landtag eine eindeutige Willenserklärung hinbekommen könnten, dass wir in Baden-Württemberg – alle gemeinsam, die wir hier sitzen – keine GVO wollen und dass wir gemeinsam die betroffenen Verbände an einen Tisch einladen, damit auch sie ins Boot kommen. Bekommen wir das hin? Bekommen wir es hin, dass für ein Lebensmittelprodukt nur dann ein Qualitätszeichen oder ein Regionalzeichen vergeben werden darf, wenn das Produkt GVO-frei ist? Das könnten wir doch hier hinbekommen. Wir wären damit nicht der einzige Landtag; aber in Baden-Württemberg würden wir mit dieser Gemeinschaft ein wichtiges Zeichen setzen, damit

(Alfred Winkler)

alle wissen: Die Zukunft liegt nicht in der Gentechnik. Die Zukunft liegt in der Gentechnikfreiheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 15/1466

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Ministerin Warminski-Leitheußer.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hast du aber schön gesagt!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf zur Einführung der Gemeinschaftsschule schlagen wir ein neues Kapitel in der Bildungspolitik in Baden-Württemberg auf. Dieses Kapitel trägt die Überschrift: Mehr Chancengerechtigkeit, mehr Leistungsfähigkeit und vor allem ein moderneres Staatsverständnis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden den noch immer verhängnisvoll hohen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Baden-Württemberg auflösen. Wir werden dazu beitragen, dass es auch in den ländlichen Regionen attraktive Schulstandorte in erreichbarer Entfernung gibt, die ein breites Angebot an Schulabschlüssen machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildungschancen sind Lebenschancen. Es ist wichtig für einen leistungsfähigen Staat – dafür steht Baden-Württemberg –, diese Lebenschancen zu gewähren. Das ist sozial gerecht, und es ist vernünftig, gerade für ein Land wie Baden-Württemberg. Wir brauchen jeden Kopf, wir brauchen jeden jungen Menschen. Wir werden dafür sorgen, dass sich jeder junge Mensch optimal entfalten kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Gemeinschaftsschule ist mehr als nur eine neue Schulart, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Gemeinschaftsschule steht für innovative Schulkultur. Sie steht für Entwicklung, für Begeisterung von Pädagoginnen und Pädagogen, die sich auf den Weg machen, ein Bildungssystem zu entwickeln und gemeinsam zu gestalten, das auf der Höhe der Zeit ist.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, sagen, eine Weiterentwicklung des baden-württembergischen Schulsystems sei nicht notwendig.

(Abg. Georg Wacker CDU: Falsch!)

Richtig ist: Sie haben einen Entwicklungsstau hinterlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben wichtige Zukunftsfragen nicht gelöst.

Ich zitiere:

Angesichts rückläufiger Schülerzahlen und wachsender Anforderungen an die Schulen in allen Regionen unseres Landes brauchen wir eine Weiterentwicklung der Strukturen im Bildungssystem.

Dieser Satz stammt aus dem bildungspolitischen Leitantrag zum CDU-Bundesparteitag am 15. November 2011 in Leipzig. Das sind die Ideen der Bundes-CDU. Wo bleiben Ihre, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Wir bringen Bewegung in die Schulentwicklung. Wir ebnen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alles ein!)

den Schulen und Schulträgern den Weg in die Zukunft. Ein Schulsystem, das sich nicht weiterentwickelt, kann nicht auf gesellschaftliche Entwicklungen und Entwicklungen in der Wirtschaft reagieren und kann nicht die entsprechende Förderung leisten. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg das modernste und leistungsfähigste Schulsystem entsteht,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

das tatsächlich der Leistungsfähigkeit dieses Landes und der Menschen in diesem Land entspricht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Baden-Württemberg ist ein Land der Innovation und der Erfindung. Es ist das Land des Automobilbaus. Hier wurde das Automobil erfunden. Ich zitiere den emeritierten Pädagogikprofessor Ulrich Herrmann von der Universität Ulm. Er sagt zu unserem Schulsystem Folgendes:

Unser Schulsystem entstammt in seiner Gliederung und Betriebsförmigkeit dem 19. Jahrhundert,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gut, dass er emeritiert ist!)

also aus der Zeit vor der Erfindung des Automobils, aber kein vernünftiger Mensch käme heute auf die Idee, mit den damaligen Benutzungsordnungen öffentlicher Wege und Straßen den heutigen Straßenverkehr regeln zu wollen. ...

Aber im Schulsystem soll sich hierzulande immer noch die Klassengesellschaft ... widerspiegeln: Volks- als Hauptschule, Bürger- als Realschule, Höhere Schule als Gymnasium.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leiten den Schritt ein: weg vom dreigliedrigen Schulsystem, hin zu einem Schulsystem,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einheitsschule!)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

das den tatsächlichen Anforderungen und den Entwicklungen in dieser Gesellschaft und in unserer Wirtschaftsordnung entspricht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir lassen Bewegung zu, wir lassen Entwicklung zu. Unser Ziel ist es, mehr soziale Gerechtigkeit bei guter Leistungsfähigkeit im Schulsystem und erreichbare Schulstandorte im ländlichen Raum mit einem breit gefächerten Angebot zu garantieren.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, behaupten, die Gemeinschaftsschule sei keineswegs sozial gerechter als andere Schulen. Richtig ist: Eine Schule, die sich an die Kinder anpasst, die konsequent an deren Stärken ansetzt und diese fördert, ist eine sozial gerechte Schule. Eine Schule, in der solche zusätzlichen Bildungschancen eröffnet werden, ist eine sozial gerechte Schule. Sie ermöglicht Bildungsgerechtigkeit und Leistung.

Kinder nach der vierten Grundschulklasse nach statischen Begabungsmustern zu sortieren und auf unterschiedliche Bildungsgänge festzulegen, das entspricht nicht unserem Menschenbild und ist im Übrigen auch nicht mit dem Bild einer demokratischen Kultur zu vereinbaren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, PISA hat gezeigt, dass es in einem stark differenzierten Bildungssystem eine breite Streuung der Schulleistungen gibt.

(Zurufe der Abg. Georg Wacker und Volker Schebesta CDU)

Die Chancen von Schülern, zu höherwertigen Schulabschlüssen zu kommen, werden dabei nicht ausgeschöpft. Der „Chancenspiegel“ der Bertelsmann Stiftung hat es für Baden-Württemberg wieder belegt: Die Wahrscheinlichkeit, Abitur zu machen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nein, nein! Auf ein allgemeinbildendes Gymnasium zu gehen!)

– aufs Gymnasium zu kommen, genau, richtig –,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aha! Das ist ein Unterschied! Das hatten wir schon einmal! – Gegenruf des Abg. Georg Nelius SPD: Ruhig bleiben!)

ist bei einem Kind aus einer Familie der oberen sozialen Schicht um das 6,6-Fache höher als bei einem Kind aus einer Familie in der unteren sozialen Schicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! – Abg. Volker Schebesta CDU: Nicht, wenn man die beruflichen Gymnasien dazunimmt!)

Damit ist Baden-Württemberg weit hinten. Damit geben wir uns nicht zufrieden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Georg Nelius SPD: Jawohl!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Begabungen sind etwas Dynamisches. Man kann Begabung entwickeln; darauf kommt es im Schulsystem an.

19,5 % der Kinder ohne Migrationshintergrund in Baden-Württemberg besuchen eine Hauptschule oder Werkrealschule, aber rund 48 % der Kinder, die einen Migrationshintergrund haben, besuchen eine Hauptschule. Migranten haben es im baden-württembergischen Schulsystem schwerer. Auch das ist unvernünftig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist vollkommen klar, dass Kinder mit einem solchen Hintergrund von einer Gemeinschaftsschule, die individuell fördert und die Kinder länger zusammen lässt, profitieren werden – übrigens auch Kinder mit Handicap. Es ist völlig selbstverständlich, dass die Gemeinschaftsschule als inklusive Schule konzipiert ist.

Die Opposition behauptet fernerhin, die Gemeinschaftsschule würde keine besseren Leistungen der Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Richtig ist: Baden-Württemberg steht im nationalen Vergleich gut da. Das habe ich immer wieder betont.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr gut!)

Aber IGLU und PISA haben gezeigt, dass die Leseleistungen der Grundschüler am Ende der vierten Klasse im internationalen Vergleich im oberen Drittel liegen, die der 15-Jährigen hingegen wesentlich schlechter ausfallen. Was bedeutet das? Die vierjährige gemeinsame Grundschulzeit erfüllt ihre Qualifikationsaufgabe besser als die Sekundarstufe, in der bekanntlich aufgeteilt unterrichtet wird. Individuelles und kooperatives Lernen verspricht bessere Leistungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben doch schon heute an den Gymnasien und an den Realschulen keine homogenen Klassen mehr. Wir haben eine immer weiter wachsende Heterogenität in der Schülerschaft, und wir müssen die Schulen in die Lage versetzen, damit vernünftig umzugehen.

Die Gemeinschaftsschule ist übrigens eine verbindliche Ganztagschule an vier oder an drei Wochentagen. Auch das wird zu besseren Bildungsergebnissen führen. Die vom Bundesbildungsministerium finanzierte Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen – diese hat übrigens Frau Schavan in Auftrag gegeben – zeigt ganz klar, dass Ganztagschulen viele positive Effekte gerade für bildungsferne und problematische Schülerinnen und Schüler haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Beim Ausbau der Ganztagschulen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir in Baden-Württemberg einen erheblichen Nachholbedarf. Die Gemeinschaftsschule ist ein Beitrag, um auch an dieser Stelle weiterzukommen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sagen, die Gemeinschaftsschule sei für Schüler, Eltern und Lehrer nicht attraktiv. Richtig ist: Über 300 Kommunen interessieren sich unterdessen für die Gemeinschaftsschule.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das haben Sie alles schon gesagt!)

40 Schulen werden, wenn der Landtag dieses Gesetz verabschiedet haben wird, an den Start gehen – ein Beweis für die

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Attraktivität. Zwei von den Schulen, die an den Start gehen, die wir als einzügig prognostiziert haben, sind mittlerweile aufgrund der Interessenbekundungen bereits zweizügig.

(Die Rednerin hält einen Zeitungsartikel hoch.)

Es gibt – ich lese es vor für den Fall, dass es nicht alle lesen können –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man auch nicht lesen!)

in Walddorfhäslach sogar eine Anzeige der örtlichen Werbe-gemeinschaft. Da gratulieren die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft der Schule dazu, dass sie Gemeinschaftsschu-le wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Walter Heiler SPD: Wir leben halt im Hier und Jetzt!)

An diesem Standort kommen die Eltern in die Schule und ha-ben Sorge, dass ihre Kinder keinen Platz mehr bekommen könnten, und wollen sie schon vormerken, bevor sie sie über-haupt anmelden können. Das zeigt die Attraktivität der Ge-meinschaftsschule.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Fried-linde Gurr-Hirsch CDU: Mit welchen Zeugnissen? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Eltern profitieren davon, dass sie in erreichbarer Nähe ein gutes Angebot und vor allem ein Ganztagsangebot ha-ben. Die Lehrer profitieren davon, weil sie im Team arbeiten, weil sie entlastet werden und eine höhere Arbeitszufrieden-heit haben. Das Arbeiten an der Gemeinschaftsschule ist in je-der Hinsicht attraktiv.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deswegen bewerben sich auch so viele Gymnasiallehrer!)

Ferner behaupten Sie, meine sehr verehrten Damen und Her-ren, wir würden aus ideologischen Gründen den Menschen die Gemeinschaftsschule aufzwingen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Josef Frey GRÜ-NE: So ein Blödsinn!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss jetzt wie-der etwas hochhalten. Es gab heute eine rege Presse. Ich weiß, solche Schlagzeilen tun weh:

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da gibt es auch andere, Frau Ministerin!)

CDU-Bürgermeister für Gemeinschaftsschulen

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andre-as Schwarz GRÜNE: Noch mal lesen!)

Das ist ein Zeitungsartikel vom heutigen Tag, in dem es um Kulsheim ging. Das trifft sich sehr gut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von den Bürger-meistern und Oberbürgermeistern der Städte und Gemeinden

mit den Starterschulen sind elf in der CDU, einer ist in der FDP, zwei sind Mitglieder der SPD, und zwei gehören den Grünen an.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie das über den Verfassungsschutz herausgefunden?)

Die Mehrheitsverhältnisse in den Gemeinderäten gestalten sich entsprechend.

Die Gemeinschaftsschule ist ein Angebot an die Schulträger, sie ist ein Angebot an die Schulen, und dieses Angebot wird mit großer Begeisterung aufgenommen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die kommunale Ebene, die Bürgermeister und Oberbürger-meister, die für die Zukunftsentwicklung ihrer Städte und Ge-meinden Verantwortung tragen, haben sehr genau verstanden, welch eine Chance die Gemeinschaftsschule bietet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die wollen nur den Schulstand-ort erhalten!)

Ich zitiere Bürgermeister Eugen Engler aus Schemmerhofen, Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion Biberach:

Letztlich ist es für jeden Schulträger wichtig, die ... best-mögliche Schullandschaft anzubieten, nicht nur, weil dies eine Bereicherung für die kommunale Infrastruktur dar-stellt, sondern auch zum Wohle unserer Kinder und unse-rer Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist zukunftsori-entiertere Bildungspolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Diesen Bürgermeis-ter kann die CDU mal zur Anhörung einladen, oder?)

Wir lassen ausdrücklich zu, dass kommunale Verantwortung und kommunales Sonderwissen endlich auch in der Bildungs-politik ihre gestaltende Kraft entfalten können. Deshalb wer-den wir selbstverständlich zusammen mit den Kommunen ein tragfähiges Konzept zur regionalen Schulentwicklung verab-schieden und umsetzen.

Denn eines ist auch klar: Die Landesverantwortung und die kommunale Verantwortung, das kommunale Sonderwissen, müssen in einer Struktur zusammengeführt werden, die tat-sächlich zu den besten Ergebnissen führt. Das ist Dialog, mei-ne Damen und Herren. Sie haben Schulentwicklung von oben betrieben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wenn überhaupt!)

Wir reden mit den Leuten, wir hören ihnen zu, und wir entwi-ckeln Konzepte, die tatsächlich auch in die jeweilige Region passen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo!)

Die Gemeinschaftsschule erfährt sehr große Unterstützung, nicht nur durch solche Anzeigen, wie ich sie Ihnen gerade vor-

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

gestellt habe, sondern von allen gesellschaftlichen Gruppierungen. Die beiden großen Kirchen sind darunter; die beiden Heilbronner Schuldekane haben sich in der politischen Auseinandersetzung in Heilbronn ausdrücklich dafür ausgesprochen, eine Gemeinschaftsschule einzurichten.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

Denn sie sagen: Das ist die beste Form, um die Kinder, die mehr Förderung brauchen, tatsächlich zu erreichen. Das ist zukunftsgerichtete Bildungspolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wir bekommen Unterstützung aus der Wirtschaft. Der Landeshandwerkspräsident Joachim Möhrle sagt, die beste Grundlage für die Umsetzung der Forderungen des Handwerkstags biete die neue Gemeinschaftsschule.

Auch die Gewerkschaften unterstützen die Gemeinschaftsschule. Ich zitiere:

Mit den ersten Gemeinschaftsschulen bricht nach Jahren ... endlich eine neue Ära der Bildungspolitik in Baden-Württemberg an,

erklärt der DGB.

Auch die GEW nennt den Gesetzentwurf für die Gemeinschaftsschule einen „historischen Moment für Baden-Württemberg“.

(Zuruf von der CDU: Die sind sehr überrascht worden!)

Der Landeselternbeirat unterstützt die Gemeinschaftsschule ebenfalls sehr engagiert.

Der Städtetag hat uns geschrieben und auch mir persönlich versichert, dass der Mut der Landesregierung, diesen neuen Weg zu gehen, ausdrücklich begrüßt werde. Der Städtetag werde alles tun – auch in kritischer Auseinandersetzung –, um diesen Weg zu unterstützen. Es heißt dort weiter:

Wir wollen, dass die Gemeinschaftsschule flächendeckend in Baden-Württemberg gelingt.

Die Lebenshilfe ist der Auffassung, es sei in Baden-Württemberg endlich so weit, dass Kinder mit Behinderungen völlig selbstverständlich in einer Schule Aufnahme finden. Sie loben, dass wir dies zum ersten Mal gesetzlich geregelt haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU zu Grünen und SPD: Applaus!)

Die Opposition behauptet, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gemeinschaftsschule gehe zulasten der anderen Schularten, weil sie besonders üppig ausgestattet worden sei.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es!)

Richtig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir gehen mit den finanziellen Ressourcen dieses Landes sehr sorgfältig um.

(Zuruf: Ja! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 2 Milliarden € zusätzlich!)

Das ist schon allein deshalb notwendig, weil Sie uns nicht unerhebliche Finanzlöcher hinterlassen haben.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: So ist es! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein Teil von Grimms Märchen, oder? – Zurufe von der CDU)

Jetzt reden wir doch einmal Klartext: Die 223 Millionen € für die Qualitätsoffensive Bildung haben Sie nicht abgesichert und damit auch nicht die Klassenteilersenkung auf 30 Schüler. Die Absicherung nimmt jetzt diese neue Landesregierung vor. Das ist verantwortungsvolle Bildungspolitik, die sich auch tatsächlich verantwortungsvoll an den finanziellen Spielräumen orientiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ansonsten ist die Gemeinschaftsschule ausgestattet wie alle gebundenen Ganztagschulen hier im Land plus einem Zuschlag für die individuelle Förderung, weil diese Schule in der Tat alle drei Bildungsniveaus unterrichtet.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Entwicklungsstau in der Bildungspolitik in diesem Land aufgelöst. Wir haben Bewegung und Kreativität ins Bildungssystem gebracht.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Endlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, können die Lehrerinnen und Lehrer, können die Eltern und die Kommunalpolitiker vor Ort die Ärmel hochkrempeln und das tun, was sie schon längst als überfällig angesehen haben, was sie als zukunftsweisend für ihre Stadt angesehen haben. Wir entwickeln dieses Land weiter, meine sehr verehrten Damen und Herren, und Sie werden das nicht mehr aufhalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie gehen in die Geschichte dieses Landes ein!)

Was das übrigens auch bei Lehrerinnen und Lehrern auslöst, will ich Ihnen abschließend zur Kenntnis geben. Vor drei Wochen schrieb mir eine Lehrerin folgende E-Mail:

Vielen herzlichen Dank für Ihre Worte bei der Personalversammlung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo? Im Ministerium?)

Es tut so gut, wenn endlich die Idee, die man jahrzehntelang erträumt hat, von einer Kultusministerin nicht nur akzeptiert, sondern sogar ausdrücklich erwünscht ist, und wir ganz offiziell so arbeiten dürfen, wie wir es still und leise versucht haben. Plötzlich bekommen wir auch die Möglichkeiten, unsere Träume tatsächlich umzusetzen und so vielleicht doch einen winzigen Beitrag zu einer gerechteren Welt und zu einem Schulleben zu leisten, mit dem sich eine größtmögliche Vielzahl an Menschen wohlfühlen und sich entwickeln können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen in diesem Land, die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, vor allem aber auch die jungen Menschen haben die Bildungspolitik der neuen Landesregierung verstanden. Ich lade Sie recht herzlich ein, sich auch auf den Weg dieses Erkenntnisprozesses zu machen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Jetzt fehlt nur noch die La-Ola-Welle! – Heiterkeit)

Präsident Guido Wolf: Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Georg Wacker das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch nie hat ein Gesetzentwurf einer Landesregierung so viel Kritik und offene Fragen hervorgerufen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Es ist kaum vorstellbar, dass selbst die kommunalen Landesverbände von einer Rücknahme dieses Gesetzentwurfs sprechen und Sie dazu direkt und indirekt in ihren Stellungnahmen aufrufen. Das gab es in der Vergangenheit noch nie, meine Damen und Herren.

Sie befinden sich in einem Dilemma. Sie erfahren Kritik, weil Sie das differenzierte Bildungssystem schrittweise abschaffen oder die Schularten dieses bestehenden differenzierten Bildungssystems zumindest systematisch benachteiligen wollen.

Sie erfahren aber auch Kritik von Befürwortern der Gemeinschaftsschule, Frau Kultusministerin. Das haben Sie bei den von Ihnen eben angeführten Zitaten wohlweislich verschwiegen. Wir lesen beispielsweise in einer Pressemitteilung der GEW:

Diese Reform darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Der Handwerkstag rügt die Bildungsreform mittlerweile. Es wird von einem „unausgegorenen“ oder gar von einem „überhasteten“ Entwurf gesprochen.

Fazit: Sie machen es keinem recht, weder den Gegnern Ihrer Gemeinschaftsschule noch den Befürwortern. Sie sitzen zwischen allen Stühlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Baden-Württemberg hat ein sehr erfolgreiches differenziertes Schulsystem. Wir stehen sehr gut da. Wir brauchen keinen Systemwechsel.

Nehmen Sie zur Kenntnis – ich beziehe mich auch auf den „Chancenspiegel“ der Bertelsmann Stiftung –, dass wir deutschlandweit die niedrigste Schulabbrecherquote und die niedrigste Sitzenbleiberquote haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt noch!)

Die Jugendarbeitslosenquote ist auch deshalb am niedrigsten, weil unsere hoch qualifizierten Abschlüsse ein qualitativer Beleg sind; mit diesem Gütesiegel haben die jungen Menschen eine hervorragende Eintrittskarte in die Berufswelt. Das ist auch ein Zertifikat eines hervorragenden Bildungssystems.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprechen immer wieder von einem selektiven Bildungssystem. Sie haben es eben wieder gebetsmühlenartig getan, Frau Kultusministerin. Ich kann mir nicht verkneifen, zu sagen: Das Gegenteil ist der Fall. Ich darf Professor Baumert zitieren, den wir alle kennen und der auch von Ihnen sehr geschätzt wird; Sie haben ihn gerade in eine Kommission berufen. Professor Baumert hat gesagt, die Grundbildung der Zukunft werde auf dem Niveau des mittleren Bildungsabschlusses neu definiert.

Dieses differenzierte Bildungssystem, das Sie mit diesem Gesetzentwurf unterhöhlen wollen, weist folgende Bilanz auf – ich darf Zahlen zitieren, die Sie, Frau Ministerin, uns erst vor wenigen Tagen selbst geliefert haben –: Im Jahr 2000, also vor über zehn Jahren, haben 64,6 % aller Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs die mittlere Reife absolviert. Das war bereits zum damaligen Zeitpunkt eine beachtlich hohe Zahl. Zehn Jahre später, im Jahr 2010, haben 75,9 % der Schüler eines Jahrgangs in Baden-Württemberg die mittlere Reife absolviert.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine Damen und Herren, das ist doch ein Paradebeispiel eines funktionierenden, aufstiegsorientierten gegliederten Schulsystems.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Natürlich kann man diese Zahlen steigern. Aber die Qualität könnte darunter leiden. Die Qualitätsentwicklung haben wir in den letzten Jahren nachweislich sehr deutlich vollzogen.

Sie behaupten immer wieder, Ihre Gemeinschaftsschule sei besser und sozial gerechter. Sie nehmen für sich in Anspruch, dass in Ihrer sogenannten Gemeinschaftsschule die Schüler auf individuellen und flexiblen Bildungswegen entsprechend ihrer jeweiligen Lern- und Leistungsvoraussetzungen, ihres unterschiedlichen Entwicklungstempos und ihrer individuellen Neigungen gefördert würden. Wie belegen Sie, dass Ihnen dies dort besser gelingt als in den bestehenden Schulen? Wo ist der nachweisbare Mehrwert?

Sie nehmen für sich in Anspruch, dass ein Kind gefordert sein müsse. Eigene Leistung und eigene Anstrengung müsse erwünscht sein, auch im Wettbewerb mit Mitschülern. Wie belegen Sie, dass Ihnen das in Gemeinschaftsschulen besser gelingt als in den bestehenden Schulen? Wo ist der nachweisbare Mehrwert?

Sie nehmen für sich in Anspruch, dass qualifizierte Lehrkräfte auf den Unterricht vorbereitet werden und für das jeweilige Lernniveau der Kinder ausgebildet sein müssen. Wann setzen Sie das um? Fast zehn Jahre wird es dauern, meine Da-

(Georg Wacker)

men und Herren, bis die ersten voll ausgebildeten Lehrkräfte für Ihren neuen Schultyp auf den Markt kommen. Bis dahin wird sich gar nichts tun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na! Da kennen Sie die Lehrerschaft aber schlecht!)

Meine Damen und Herren, Sie beginnen ein Experiment, ohne den Beweis dafür zu erbringen, dass Ihr Schulsystem einen besseren Unterricht hervorbringt als die Schularten in unserem differenzierten Bildungssystem.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Gewiss haben Sie, meine Damen und Herren, dieses Vorhaben in einem großen Wurf beabsichtigt. Anfänglich haben Sie – mehrfach auch hier im Plenum – von über hundert Interessensbekundungen gesprochen. Jetzt sind es 39 Starterschulen – ohne Realschulen, ohne Gymnasien. Anfänglich sprachen Sie von einer großen pädagogischen Innovation, die Sie beabsichtigten, jetzt sprechen Sie von einem „kleinen Rettungsschirm“ für die Kommunen.

Matthias Klopfer, ehemaliger Fraktionsgeschäftsführer der SPD, jetzt OB in Schorndorf, hat es auf den Punkt gebracht: Was jetzt vorliegt, ist lediglich ein Schonprogramm für den ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es, genau!)

Es sind vorrangig kleine Schulen; die Einzügigkeit ist fast zur Regel geworden. Es hat den Anschein, als würden am Ende die Werkrealschulen lediglich zu Gemeinschaftsschulen umetikettiert werden, meine Damen und Herren.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mit einer besseren Ausstattung!)

Sehr bedenklich ist die Benachteiligung anderer Schularten. Wir werden Ihnen immer wieder Belege dafür liefern, dass Sie systematisch die gut funktionierenden anderen weiterführenden Schularten des differenzierten Bildungssystems benachteiligen. Obwohl aufgrund der Heterogenität der Schülerschaft ebenso in den noch bestehenden Werkrealschulen, in den Realschulen und in den Gymnasien individueller Förderbedarf besteht, benachteiligen Sie diese Schularten.

Deswegen sagen wir, meine Damen und Herren: Gerade weil durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung die Heterogenität in diesen Schularten zunehmen wird – das werden wir nach Kenntnis der Übergangszahlen in wenigen Wochen feststellen können –, verdienen diese Schulen Ihre zusätzliche Unterstützung, ohne sie jedoch zu erhalten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die brauchen sie!)

Meine Damen und Herren, drei Belege möchte ich dafür anführen. Die bessere Ressourcenausstattung ist bezeichnend: drei Stunden mehr pro Jahrgang plus verbindliche Ganztagschule plus weitere Deputate für individuelle Förderung. Sie senken den Klassenteiler bei den Gemeinschaftsschulen auf 28.

Jetzt kann man natürlich finanzpolitisch argumentieren, wir hätten jetzt nicht das Geld, um für alle Schularten den Klassenteiler auf 28 zu reduzieren. Aber, meine Damen und Herren, Gleichbehandlung ist angesagt. Wenn Sie bei den Gemeinschaftsschulen den Klassenteiler auf 28 senken, dann ist es nur gerecht, das auch bei den anderen Schularten zu tun.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Im Übrigen haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie die Schulbauförderung in einem Punkt anpassen wollen. Sie wollen, was die Programmflächen für die Ganztagschulen betrifft, eine Erweiterung vornehmen und damit die Zuschüsse erhöhen – aber nur für die Ganztagschulen als Gemeinschaftsschulen, nicht für die Ganztagschulen der anderen Schularten. Das müssen Sie erst einmal erklären.

Fazit: Ihre „gerechte Schule“ führt zu Ungerechtigkeiten für andere Schularten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Heute ist ein guter Tag für das Bildungssystem in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Endlich wird es auch in Baden-Württemberg eine Schulform geben, an der Heterogenität als Chance gesehen wird und an der alle Kinder eingeladen sind, länger gemeinsam zu lernen.

Viele Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer haben in den vergangenen Jahren erfolglos Anträge gestellt, um diese Schulform anbieten und umsetzen zu können. Dies wird sich mit der Einführung der Gemeinschaftsschule nun endlich ändern. Wir legitimieren diesen Wunsch der Schulen und schaffen somit ein lange gefordertes neues Schulangebot in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unter den Starterschulen sind einige der Schulen, die in den vergangenen Jahren bereits versucht haben, die Gemeinschaftsschule unter den bisherigen Regularien anzubieten und umzusetzen. Darauf aufbauend werden wir das mit dem vorgelegten Schulgesetz ausbauen und allen Schulen in Baden-Württemberg anbieten.

Doch nicht nur die Schulen in Baden-Württemberg haben auf dieses Angebot gewartet. Die sehr gut besuchten Informationsveranstaltungen der Starterschulen zeigen das große Interesse der Eltern an diesem Schulangebot. Die Antworten im Rahmen des Anhörungsverfahrens zeigen, dass das Angebot der Gemeinschaftsschule insgesamt und vor allem aus der Wirtschaft heraus auf große Zustimmung stößt und eine hohe Erwartung damit verbunden ist, dass es der Gemeinschafts-

(Sandra Boser)

schule gelingt, mehr Schülerinnen und Schüler zu einer verbesserten Ausbildungsreife zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn dies muss eines unserer Ziele sein: den Jugendlichen nicht nur einen Abschluss zu ermöglichen, sondern eine Perspektive auf dem Ausbildungs- und auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Wir haben in Baden-Württemberg eine der niedrigsten Abbrecherquoten im Schulsystem.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Aber wir haben viel zu viele Jugendliche, die keine Ausbildung angehen, sondern die auf dem Arbeitsmarkt in Hilfsarbeitspositionen kommen,

(Zurufe von der CDU: Quatsch!)

weil sie das Angebot der Ausbildung nicht annehmen können. Deshalb brauchen wir verstärkt Jugendliche, die auch in die Ausbildung gehen, um eine Qualifizierung auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Baden-Württemberg liegt an der Spitze, was die Wissensvermittlung betrifft. Dabei soll es natürlich auch bleiben. Was Baden-Württemberg aber bis heute nicht geschafft hat, ist die Entkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Dies muss sich ändern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ein wirtschaftsstarkes Land wie Baden-Württemberg kann es sich auf Dauer nicht leisten, auf dieses ungenutzte Potenzial an jungen Menschen zu verzichten. Wir wollen allen jungen Menschen die gleichen Möglichkeiten bieten, um den bestmöglichen Bildungsabschluss zu erreichen. Dies ist einem selektiven Bildungssystem wie dem gegliederten Schulsystem nicht im gleichen Maß möglich wie an einer Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen und ihren Fähigkeiten gemäß gefördert und gefordert werden.

Trotz des hohen Engagements der Lehrerinnen und Lehrer sind dem individuellen Lernen an den bisherigen Schularten Grenzen gesetzt. Die Trennung der Kinder nach der vierten Klasse in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten lief zudem oftmals auch auf eine Trennung von Freundschaften hinaus. Die Wahl der weiterführenden Schule erfolgt und erfolgte daher oftmals nicht aufgrund der schulischen Leistung der Kinder. Vielmehr bestimmen andere Argumente die Wahl der weiterführenden Schule, beispielsweise Freundschaften, Wohnortnähe der Schule oder der ermöglichte Abschluss.

Deshalb wurde in der Vergangenheit immer wieder der Wunsch formuliert, dass die Kinder länger gemeinsam lernen können, damit den Entwicklungen der Kinder und Jugendlichen gefolgt werden kann, und keine Trennung nach der vierten Klasse erfolgt. Diesem Wunsch wird die grün-rote Landesregierung mit der Einführung der Gemeinschaftsschule nun endlich entsprechen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit dem Angebot der Gemeinschaftsschule wird es nun für alle Schulen in Baden-Württemberg eine Möglichkeit geben, den gestiegenen Anforderungen der Heterogenität gerecht zu werden. Bereits in den vergangenen Jahren – vor dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung – haben sich die Schülerzahlen an den einzelnen Schularten stark verändert. Vor allem die Übergänge an die Haupt- und Werkrealschulen und an die Realschulen zeigen dies. Doch damit konnte nicht erreicht werden, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ihren Abschluss machen konnten. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule bietet die grün-rote Landesregierung eine Möglichkeit, auf die veränderte Nachfrage zu reagieren.

Hinzu kommen insgesamt sinkende Schülerzahlen, was für viele Kommunen eine Herausforderung darstellt, ihren Schulstandort zu erhalten. Auch hier bietet die Gemeinschaftsschule die Möglichkeit, durch Schulzusammenschlüsse auf diese Entwicklung zu reagieren und trotzdem ein breites Spektrum an Bildungsinhalten anzubieten. Die regionale Schulentwicklung wird daher bei allen weiteren Planungen eine wichtige Basis sein, um gezielte Angebote zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gemeinschaftsschule wird allen Schülerinnen und Schülern ihren Leistungsmöglichkeiten gemäß gerecht werden. Wer das bisher noch nicht erleben konnte, dem werde ich jetzt gern einmal erklären, wie das Ganze funktionieren kann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Darauf warte ich schon ein Jahr!)

Grundsätzlich werden Bildungsinhalte der Hauptschule, der Werkrealschule, der Realschule und des Gymnasiums an den Gemeinschaftsschulen angeboten. Durch Binnendifferenzierung – ein für Sie vielleicht neues Wort – ist es möglich,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Binnenmarkt! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Erklären Sie es jetzt einmal etwas näher!)

dass Schülerinnen und Schüler auf das Lernangebot zurückgreifen können, das ihrem individuellen Leistungsvermögen entspricht. Die Schülerinnen und Schüler können nach diesem Angebot ihren eigenen Lernplan unter Begleitung der Lehrer zusammenstellen und haben somit alle Möglichkeiten, die das baden-württembergische Bildungssystem bietet. Dabei kann der Bildungsplan innerhalb der Fächer – genau dies ist der Kern und die Chance, allen Schülerinnen und Schülern besser gerecht zu werden – unterschiedlich sein. Dabei spielen die Leistungen selbstverständlich eine Rolle; denn am Ende der Gemeinschaftsschule steht der Hauptschulabschluss, der Realschulabschluss oder das Abitur. Deshalb ist es selbstverständlich auch die Aufgabe des Lehrers, die Schülerinnen und Schüler auf diese Abschlüsse vorzubereiten.

Es gibt aber Unterschiede, wie man zu Leistung kommt. Es gibt einen Satz, der mir hier enorm wichtig erscheint: Jedes Kind will lernen, und jedes Kind kann lernen. Die Aufgabe eines Lehrers besteht darin, herauszufinden, wie die Leistung eines Schülers am besten abgerufen werden kann. Da Leistung nicht einzig und allein in Noten aufgezeigt werden kann, geben zusätzliche Beurteilungssysteme an der Gemeinschaftsschule weitere Möglichkeiten. Somit kann den Schülerinnen und Schülern über die Leistungsabfrage hinweg rückgemel-

(Sandra Boser)

det werden, wo sie stehen und welche Möglichkeiten sie haben.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil an den Schulen sind die Lern- und Raumangebote, die den Anforderungen der Schülerinnen und Schüler, der Lehrerinnen und Lehrer entgegenkommen. Selbstverantwortliches Lernen, Lerngruppen, in denen Schüler zu Mentoren werden, gezielte Unterstützung durch die Lehrer, die das Ganze begleiten, sind nur einige Faktoren, die dies möglich machen werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie einmal ein Beispiel!)

Die Lernmethoden werden in Zukunft an allen Schulen eine größere Rolle spielen. Denn es ist heutzutage immer wichtiger, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, wie erfolgreich gelernt werden kann.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Gemeinschaftsschule ist ein rhythmisiertes Unterrichtsangebot, das durch ein gebundenes Ganztagsangebot möglich gemacht wird.

Mit diesem Schulangebot bieten wir endlich auch der inklusiven Beschulung eine neue Möglichkeit, auf die Schülerinnen und Schüler einzugehen. Hier kann es gelingen, allen Schülerinnen und Schülern ein individuelles Angebot zu machen. Damit gehen wir einen weiteren Schritt weg vom selektiven Bildungssystem.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Damit dies qualitativ umgesetzt werden kann, werden wir den Lehrerinnen und Lehrern ein passendes Fortbildungsangebot zur Verfügung stellen. Des Weiteren werden die Schulen in den ersten Jahren zusätzliche Stunden mit auf den Weg bekommen, um ihre Konzepte in ihren Schulen umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dies wäre im Übrigen auch bei anderen schulischen Erneuerungen in den vergangenen Jahren wünschenswert gewesen. Ich denke dabei beispielsweise an G 8, dessen Einführung mittels eines Hauruckverfahrens vorgenommen wurde.

(Widerspruch des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Neun Jahre sind die Bildungspläne entwickelt worden! Neun Jahre Vorlauf!)

Wenn da bereits Stunden für die Entwicklung der neuen Pläne vorhanden gewesen wären, wäre die Umsetzung besser gewesen.

Da die Schulen von der fünften Klasse an aufsteigend auf das neue Gemeinschaftsschulkonzept umstellen, wachsen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Schulen gemeinsam in dieses neue Konzept hinein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einführung der Gemeinschaftsschule ist die Konsequenz aus der sichtbaren Veränderung des baden-württembergischen Bildungssystems und dem Wunsch vieler Eltern und Lehrer,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Lesekompetenz Eins!)

dass Kinder und Jugendliche länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen können.

Ihre abwertende Haltung gegenüber der Gemeinschaftsschule, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, wird am Ende auf Sie zurückfallen. Sie stehen da mit dem Wunsch vieler Schulen, Lehrer und Bürgermeister – Da möchte ich auch noch ein Zitat – Bürgermeister Schreglmann, CDU, Kilsheim – anführen:

Viele äußern sich negativ, weil sie so etwas noch nie in der Praxis gesehen haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schön! „Stuttgarter Nachrichten“ von heute!)

Das ist nur ein Beispiel für mehrere CDU-Bürgermeister, die einen Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gestellt haben.

(Beifall des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Dies zeigt, dass es Ihnen nicht um das Bildungssystem in Baden-Württemberg geht, sondern lediglich um den Erhalt des gegliederten Schulsystems.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Oje! – Weitere Zurufe, u. a.: Ideologie!)

– Ja, Ideologie in reinsten Form.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: CDU-Ideologie! – Abg. Georg Wacker CDU: Na ja! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist Ideologie in reinsten Form!)

Wenn Sie hier behaupten, es gehe den Schulen einzig und allein um den Erhalt der Schulstandorte, so ignorieren Sie das hohe Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, die diese Konzepte aus Überzeugung entwickelt haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Der Schulträger sieht es doch häufig so, dass es um die Schulstandorte geht!)

Die grün-rote Landesregierung geht mit der Gemeinschaftsschule endlich neue Wege im baden-württembergischen Bildungssystem und kommt damit einer lang gestellten Forderung von Eltern und Lehrern nach, eine Schule für alle möglich zu machen, eine Schule, die nicht selektiert, sondern allen Kindern die gleichen Möglichkeiten und Chancen bietet. Damit schaffen wir einen Weg weg von der sozialen Selektion und einen Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Abitur für alle!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Christoph Bayer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Südwestrundfunk hat kürzlich eine Sendung zum Thema „Die Schule der Vielfalt“ ausgestrahlt und mit folgenden Worten anmoderiert:

Es gibt immer weniger Kinder hierzulande, und zugleich werden sie immer unterschiedlicher. Es reicht nicht mehr, Kinder nach drei Schultypen zu klassifizieren

(Christoph Bayer)

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Deshalb macht man einen!)

und vielleicht noch die „schweren Fälle“ als Sonderschüler auszusortieren, um allen gerecht zu werden. Die Alternative ist, Kinder mit unterschiedlichen Fähigkeiten gemeinsam zu unterrichten.

Genau diesem Anliegen dient der vorliegende Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Er ist durchaus ambitioniert, er ist umfangreich, er ist anschlussfähig, und er kommt auch zum richtigen Zeitpunkt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da gibt es doch gar keinen Anschluss mehr!)

Er kommt deswegen zum richtigen Zeitpunkt, weil sich viele Schulen unter der Regierungszeit der CDU schon lange heimlich darauf vorbereitet haben und dort schon längst entsprechende Konzepte vorhanden und erprobt sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wo denn? – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Das Gesetzgebungsverfahren ist inhaltlich und zeitlich dennoch eine sehr, sehr ehrgeizige Angelegenheit gewesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kultusministerium haben einen guten Job gemacht. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deutlich weniger euphorisch bin ich dann, wenn ich mir die Debatte der letzten Monate vergegenwärtige, und zwar sowohl vom Inhalt als auch vom Stil her.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Veränderungen sind einfach schwierig. Ich bin es, meine Damen und Herren, zwischenzeitlich leid, nach all den Vergleichsstudien die soundso viele Diskussion über das Ranking von Baden-Württemberg zu führen. Baden-Württemberg hat in vielen Bereichen mittlere, gute und durchaus auch sehr gute Kennzahlen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr richtig!)

etwa bei der Jugendarbeitslosigkeit oder bei den Schulabbrecherquoten. Das ist unstrittig.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das muss sich ändern!)

Aber eines sticht doch ins Auge: Das ist die Grundmotivation, eine Schule der Vielfalt anzustreben, nämlich die zigfach und immer wieder aufs Neue festgestellte Tatsache, dass es die soziale Herkunft ist, die den Bildungserfolg wesentlich beeinflusst – nicht auch, sondern gerade in Baden-Württemberg. Das verlangt nach einer deutlichen Reaktion.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es freut mich, dass vom Handwerkskammertag bis hin zu Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die ein zweiü-

giges Bildungssystem fordert, eine immer größere Anzahl von Persönlichkeiten und gesellschaftlichen Gruppierungen Veränderungen wollen – aus unterschiedlichen Gründen: aus humanistischen, aus sozialen, aus gesellschaftspolitischen und durchaus auch aus ökonomischen Gründen.

So steht z. B. auch für Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, fest, dass das gegliederte Schulsystem gescheitert sei, weil es von der unrealistischen Annahme ausgehe, dass die verschiedenen Schulformen ein homogenes Umfeld erreichen würden.

Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, spricht davon, dass das dreigliedrige Schulsystem die Dreiklassengesellschaft des 19. Jahrhunderts reflektiere

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Hört, hört!)

und wir damit weltweit nahezu allein stünden, dass dieses System die Ungleichheit vergrößere, ohne den Durchschnitt zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Recht hat er! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir brauchen ein 103-gliedriges Schulsystem, nicht nur ein dreigliedriges!)

Ich nenne ein anderes Beispiel aus dem Bereich „Ideologieproduktion“, wenn Sie so wollen. In der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dem Titel „Gerechte Teilhabe“ aus dem Jahr 2006 liest man – Zitat –:

Das Bildungssystem versagt nicht nur gegenüber den sozial und kulturell schlechter Gestellten – es trägt vielmehr zu ihrer Schlechterstellung bei, indem es Kinder aus den betreffenden Milieus nicht hinreichend individuell fördert und fordert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf von der SPD: Recht hat er! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ein letzter Hinweis findet sich in den Worten von Folkert Dödens, dem Leiter des Pädagogisch-Theologischen Instituts der Universität Hamburg:

Nicht das Sortieren und Trennen nach Begabungen ist Aufgabe der Schule; vielmehr gilt es, junge Menschen durch eine Vielfalt begabender Lernwege in gemeinsamen Bildungsgängen individuell zu fördern – dies entspricht nicht nur dem Recht auf umfassende Bildung eines jeden Menschen, es ist auch zum Wohle der demokratischen Kultur und der Belange des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr guter Mann! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie viele kirchliche Schulträger haben denn einen Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gestellt? Ich kenne gar keine!)

– Nein, sie unterstützen unseren Gesetzentwurf. Genau das wollen wir. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, genau das als ideologisch motiviert bezeichnen, dann

(Christoph Bayer)

haben Sie in diesem Fall wirklich recht. So verstehen wir wertorientierte Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Gemeinschaftsschule ist eine Angebotsschule. Sie möchte in besonderer Weise Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche bieten, damit sie zum bestmöglichen Bildungserfolg kommen, ohne sie auf unterschiedliche Schultypen zu verteilen, die nachweislich eine soziale Wertigkeit besitzen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Zimmermann?

Abg. Christoph Bayer SPD: Nein, ich lasse keine sogenannten Zwischenfragen zu.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Zimmermann, leider nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe, u. a. Abg. Karl Zimmermann CDU: Die wollen Bürgernähe! Das wird nicht einmal hier praktiziert!)

Abg. Christoph Bayer SPD: Die Gemeinschaftsschule ist eine Schule der Chancengleichheit bei gleichzeitiger Leistungsorientierung. Sie soll zu allen Abschlüssen führen, indem alle Bildungsstandards integriert werden. Die Lernprozesse werden anders organisiert. Hochindividualisierte und kooperative Lernformen wechseln sich ab. Die Schüler erledigen sogenannte Lernjobs und fügen sie in Kompetenzraster ein, und die Lehrerinnen und Lehrer verstehen sich als Lernbegleiter.

Weil jetzt schon mehrfach davon gesprochen wurde, dass dann Lehrerinnen und Lehrer „nur noch“ Lernbegleiter seien, sage ich Ihnen: Auch Kinder und Jugendliche sind in erster Linie Subjekte ihrer eigenen Lernprozesse. Das Wort „bilden“ gibt es im deutschen Sprachgebrauch nur in intransitiver Form als „sich bilden“. Solche Prozesse zu initiieren und zu begleiten ist das zentrale Element von Reformpädagogik, von humanistischer Psychologie und demokratischer Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Gemeinschaftsschule ist gerade keine Einheitsschule, sondern eine Schule der Vielfalt. Sie ist nicht leistungsnivellierend, sondern sie ist leistungsdifferenzierend mit alternativen, individuellen Formen der Leistungsbemessung, wodurch Noten sukzessive an Bedeutung verlieren werden.

Es stimmt, es braucht einiges, damit Gemeinschaftsschulen gelingen können. Es bedarf Lehrerinnen und Lehrer, die am einzelnen Kind orientierte Lernprozesse initiieren und begleiten und nicht nur Fächer unterrichten. Es bedarf einer Schulverwaltung, die sich nicht als obrigkeitstaatliche Entscheidungsinstanz, sondern als professionelle Begleitung versteht. Es bedarf einer intensiven Zusammenarbeit mit den Eltern, und es bedarf kommunaler Rückendeckung, damit die notwendigen Rahmenbedingungen für Lernlandschaften und für einen Ganztagsbetrieb geschaffen oder verbessert werden können. Denn nur so entstehen Zeit und Raum für das Lernen von allen Akteuren, und das sind nicht nur die Schülerinnen und Schüler.

Damit, meine Damen und Herren, wird schnell klar: So etwas kann man nicht verordnen. Es muss von unten wachsen. Die politische Aufgabe besteht darin, die notwendigen Rahmenbedingungen herzustellen, ein Unterstützungs- und Begleitsystem zu etablieren und die lokalen Prozesse in regionale Schulentwicklungsplanungen einzubetten. So wird Gemeinschaftsschule in der Diskussion über ihr Konzept zum Ausgangspunkt von Schulentwicklungsprozessen weit über diese spezielle Schulform hinaus, zum Kristallisationspunkt, zum Impulsgeber für eine Entwicklung hin zu individueller Förderung mit Auswirkungen auf die gesamte Schullandschaft und alle Schularten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Meine Damen und Herren, ein Zitat des deutschen Reformpädagogen Georg Kerschensteiner – Namensgeber von vielen Schulen, hauptsächlich von beruflichen – lautet:

(Zuruf von der SPD: Und von Straßen!)

Bildung ist das, was zurückbleibt, wenn man das Gelernte abzieht.

Hat die Gemeinschaftsschule das Zeug, einen solchen Mehrwert zur Wissensvermittlung zu erzeugen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Ich meine, ja: einen individuellen, einen sozialen, einen ökonomischen und für viele Gemeinden auch einen infrastrukturellen Mehrwert, mehr individuelle Förderung und größere persönliche Erfolge durch individuelle Lernwege ohne Schulwechsel, mehr lernen voneinander, übereinander und miteinander – trotz unterschiedlicher Voraussetzungen –, mehr Gemeinschaftsbezug und demokratische Mitwirkung, mehr Sozialraumorientierung, Elternmitwirkung und eine Verankerung der Schule als wichtiger infrastruktureller Bestandteil des Gemeinwesens.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist eine Menge. Die dafür bereitgestellten Ressourcen nennen die einen „viel zu wenig“, und andere bezeichnen sie als „Privilegierung“.

Richtig ist: Es ist ein Beginn, und manches bleibt noch zu tun: Lehreraus- und -fortbildung, Neukonzeption der Schulbauförderrichtlinien, die Notwendigkeit regionaler Schulentwicklung und auch die Angleichung der Lehrerbesoldung. Aber: Die Gemeinschaftsschulen, die im nächsten Schuljahr an den Start gehen, und alle Schulen, die bereit und in der Lage sind, sich aufgrund der neuen gesetzlichen Grundlage auf den Weg zu einer Gemeinschaftsschule zu machen, all diese Schulen sind nicht „sogenannte Gemeinschaftsschulen“, es sind auch keine Versuchsschulen. Sie haben Zuversicht und Unterstützung verdient und nicht sprachliche Verballhornung und rückwärtsgewandte Debatten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Christoph, prima!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt wird es schwierig! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, es war gut, dass Sie heute einmal zu Beginn gesprochen haben. Denn wenn man als Lehrer so etwas hört, bekommt man schon die richtige Betriebstemperatur für die Debatte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da stehen einem die Haare zu Berge!)

In der Zielsetzung sind sich die FDP/DVP und die Landesregierung einig: Jede Schülerin und jeder Schüler in Baden-Württemberg soll individuell und bestmöglich gefördert werden und so einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen können. Außerdem wollen wir in unserem Land dafür sorgen, dass die jeweilige Herkunft der Schüler so wenig wie irgend möglich über den individuellen Bildungserfolg entscheidet.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren von Grün-Rot, diese Ziele sind richtig.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ja!)

Sie werden aber genau das Gegenteil erreichen, wenn Sie mit Ihrer parlamentarischen Mehrheit die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg einführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie kann man nur so depressiv eingestellt sein? – Gegenruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Und das als Lehrer!)

Nach meiner festen Überzeugung ist das der Gemeinschaftsschule zugrunde liegende Konzept untauglich für die Fläche, u. a. auch deshalb, weil gerade die besonders förderbedürftigen Schüler unter die Räder kommen werden.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was?)

Starke Schüler werden mit der hoch individualisierten Lernform in der Gemeinschaftsschule zurechtkommen und sich auch durchsetzen. Schwächere Schüler aber brauchen sehr klare Strukturen, brauchen klare Anweisungen des Lehrers, brauchen gegebenenfalls auch eine enge Führung, um zum Erfolg zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, lesen Sie doch einmal die Hattie-Studie aus dem Jahr 2009,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

in der eine Bilanz aus 50 000 Einzelstudien gezogen wurde und in der zentrale – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Lehmann?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wenn wir einmal zu einer redezeitneutralen Lösung kommen, dann gern, aber so nicht.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

In dieser Studie wurden zentrale Einflussgrößen für den Lernerfolg von Schülern untersucht. Ein wesentliches Ergebnis dieser Metastudie war, wie wenig wirksam offene Lernformen sind.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was?)

Professor Dr. Eckhard Klieme vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung meinte 2010 zu dieser Studie – Zitat –:

Empirisch gibt es nur geringe Bestätigung für die Lernwirksamkeit von „individualisiertem Unterricht“ per se, aber starke Belege für bestimmte wohlstrukturierte Maßnahmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Nehmen Sie doch diese aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Kenntnis. Verabschieden Sie sich von Ihrer einseitig idealisierten Pädagogik, die im Übrigen überhaupt nicht neu oder modern ist,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aber aktuell!)

sondern in verschiedensten Ansätzen seit über 100 Jahren ausprobiert wird,

(Abg. Georg Wacker CDU: Sehr richtig!)

ohne aber jeden überzeugenden Beweis geliefert zu haben, dass schwächere Schüler davon profitieren können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Gegenteil: Ihre pädagogisch einseitig ausgerichtete Gemeinschaftsschule kommt vor allem den Starken zugute.

Grundsätzlich habe ich natürlich überhaupt nichts gegen offene Lernformen. Ich habe sie selbst oft genug in meinem eigenen Unterricht eingesetzt. Die FDP setzt sich deshalb leidenschaftlich dafür ein, dass gerade Schüler mit erhöhtem Förderbedarf durch eine praxistaugliche, leistungsbejahende und leistungsfördernde Pädagogik Chancen für einen echten Bildungsaufstieg haben. Dieser Anspruch gewährleistet wahre soziale Gerechtigkeit und ist daher mehr als nur ein leeres Schlagwort, wie Sie dies für Ihre Gemeinschaftsschule verwenden.

(Dr. Timm Kern)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ministerpräsident Kretschmann versucht nun, die Gemüter im Land zu beruhigen, und verkündet sinngemäß: Mit der Gemeinschaftsschule tun wir nichts, was nicht irgendwo anders auch schon getan wird.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mit welchem Erfolg?)

Herr Ministerpräsident, mit Verlaub: Seit wann nehmen wir in Baden-Württemberg denn das zum Maßstab, was irgendwo anders auch getan wird? Für uns Liberale sind ganz andere Maßstäbe entscheidend. Herr Ministerpräsident, wir im Südwesten messen uns mit den Besten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Besten sind außer uns Bayern und Sachsen. Diese Länder haben aus gutem Grund keine Gemeinschaftsschulen eingeführt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir fallen zurück auf Platz 16!)

Wir sind es unseren Schülern, den Eltern und den Lehrern und nicht zuletzt auch der baden-württembergischen Wirtschaft schuldig, dass wir uns nicht mit dem Mittelmaß vergleichen. Die FDP jedenfalls hat höhere Ansprüche und Ziele in der Bildungspolitik als der grüne Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: 1,2 %! Hohe Ansprüche!)

Dass Sie im Übrigen selbst erhebliche Zweifel haben, ob Ihr pädagogisches Konzept die Menschen in unserem Land überzeugt, beweisen Sie durch Ihre Vorgehensweise, wie Sie Ihr Modell der Gemeinschaftsschule im Land durchdrücken wollen. Denn wären Grüne und SPD von der Überzeugungskraft ihrer Schule tatsächlich überzeugt, könnten sie es doch dem freien Spiel der Kräfte und dem Wettbewerb überlassen, ob sich die Gemeinschaftsschule durchsetzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Dass Sie dies aber nicht zulassen, sondern die Gemeinschaftsschule durch zahlreiche Maßnahmen privilegieren, zeigt, dass Sie sich Ihrer Sache wohl doch nicht so sicher sind.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Zentral verteilen!)

Privilegierung und goldener Zügel sind Ihre Instrumente, von denen Sie sich den Erfolg für Ihre Bildungspolitik erhoffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wir kritisieren ferner, dass Sie die demografische Not kleinerer Schulstandorte ausnutzen. Zahlreiche Schulträger sagen sich: Wir müssen wohl aus politischen Gründen auf den Zug

aufspringen, auch wenn uns das pädagogische Konzept alles andere als überzeugt.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Beleg hierfür ist, dass unter den 34 Gemeinschaftsschulen kein Gymnasium und nur eine Realschule ist. Diese ist bereits im kooperativen Schulversuch der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen aufgegangen. 18 der ausgewählten Schulen sind nur einzügig bzw. ein- bis zweizügig, das heißt verhältnismäßig klein. Die Schulträger müssen ein vorab genau festgelegtes pädagogisches Konzept übernehmen, egal, ob sie dahinterstehen oder nicht. Die Gemeinschaftsschule bekommt man nur als Gesamtpaket, im wahrsten Sinn des Wortes als Einheitspaket. Individuelle Gestaltungsmöglichkeiten wie z. B. Kooperationen mit Werkrealschulen oder Realschulen, Verzicht auf gebundene Ganztagsbetreuung und vor allem eine nach Leistungsniveau differenzierende Pädagogik sind grundsätzlich ausgeschlossen, wie Politiker der Koalition immer wieder betonen. Diese Gestaltungsfreiheiten wären aber dringend geboten, um auf ortsspezifische Gegebenheiten einzugehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wollen Sie jetzt die Schule oder nicht?)

Ginge es Ihnen tatsächlich um die Rettung kleinerer Schulstandorte, müssten Sie Flexibilität und Kooperationsfreiheit zulassen, damit die Schulträger im Dilemma zwischen Standortbewahrung und Gewährleistung eines attraktiven Schulangebots passende Lösungen finden können. Doch mit der „Vogel, friss oder stirb!“-Logik haben Grüne und SPD nicht den evolutionären, sondern den revolutionären Ansatz gewählt.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Oder um es mit den Worten der Ministerin und des Ministerpräsidenten zu sagen: Die Einführung der Gemeinschaftsschule ist der erste Schritt weg vom gegliederten Schulsystem.

Wir Liberalen setzen uns für eine weitgehende Kooperationsfreiheit der weiterführenden Schulen bzw. für die Bildung von Verbundschulen mit mehreren Bildungsgängen unter einem Dach und mit einer Schulleitung ein. Insbesondere eine Kooperation von Werkrealschulen und Realschulen könnte eine an vielen Orten interessante und stark nachgefragte Schulform sein. Gestaltungsfreiheit und Flexibilität, dies ist nach meiner Auffassung die einzige Herangehensweise, die es den Verantwortlichen vor Ort ermöglicht, tragfähige Schulangebote in Zeiten des demografischen Wandels zu entwickeln.

Meine Damen, meine Herren, ein offenes Wort sei mir an dieser Stelle gestattet: Schon in der Vergangenheit war das Kultusministerium nicht gerade dafür berühmt, ein Hort der Offenheit, Flexibilität und Innovationsfreude zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aha!)

Nachdem das Pendel hier viel zu stark in die konservative Richtung ausgeschlagen hat, schlägt es nun in die andere Richtung aus, diesmal unter linken Vorzeichen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gott sei Dank! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Hoch die internationale Solidarität!“)

(Dr. Timm Kern)

Dieser Pendelausschlag bedeutet aber leider nicht, dass nun Gestaltungsfreiheit und Flexibilität ermöglicht würden. Vielmehr zeigt sich nun eine neue Form der Bevormundung, nur unter anderer Flagge und mit anderen Mitteln.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine an Qualität interessierte Bildungspolitik sollte sich jedoch vor Extremen, vor Ideologisierung und vor zu viel politischer Vereinnahmung hüten.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Richtig!)

Ein Kurs der Mitte tut not. Das bedeutet erstens eine auskömmliche Finanzierung, zweitens verlässliche Rahmenbedingungen und drittens Eigenverantwortung vor Ort. Dies wäre die beste Basis für gute Bildungsergebnisse.

Für die stete Weiterentwicklung unseres Bildungswesens ist es wichtig, gewünschte Innovationen nicht auszubremsen, sondern zu fördern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also!)

Vonseiten der Landespolitik aber darüber zu verfügen, was für die Menschen vor Ort gut und richtig ist, ist von Übel, und es konterkariert das wesentliche Ziel von Bildung, nämlich, Menschen sich zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern entwickeln zu lassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, gestatten Sie mir nur noch eine konkrete Frage, die Sie heute nicht beantworten müssen, die ich hier aber mit großem Ernst stelle. Sie haben in Ihrer Rede mehrfach betont, dass Sie Entwicklung von unten nach oben zulassen wollen. Sie haben gesagt – das spiegelt sich in Ihren Kabinettsbeschlüssen wider, und es ist auch in Pressemitteilungen mehrfach zitiert worden –, Sie wollten „eine Schulentwicklung von unten nach oben“. Eben haben Sie auch gesagt, Sie redeten mit den Leuten.

Frau Ministerin, wenn Sie es mit diesen Aussagen ernst meinen – zumindest machen Sie diese Aussagen zu Ihrem Credo –, warum nehmen Sie dann nicht zur Kenntnis, dass vor allem die kleineren Kommunen nicht nur darüber diskutieren, dass sie eine Gemeinschaftsschule einrichten wollen – als Rettungsschirm, weil sie in ihrer Not gar keine andere Möglichkeit haben –, sondern auch Überlegungen in der Weise anstellen, dass sie sagen: „Wenn wir schon eine kleine Werkrealschule oder Hauptschule haben, liegt es doch nahe, eine Zukunftsperspektive dergestalt zu entwickeln, dass möglicherweise eine benachbarte Realschule mit einer Werkrealschule kooperiert, und zwar in Form einer Verbundlösung“ – wie sie das Schulgesetz schon jetzt zulässt; dazu müsste nicht einmal das Schulgesetz novelliert werden –, oder möglicherweise auch eine bestehende Werkrealschule zu einer regulären Re-

alschule weiterentwickeln wollen? Ich möchte diese Vorschläge –

(Glocke der Präsidentin)

– Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu; denn ich möchte den Zusammenhang gern insgesamt darlegen.

Frau Ministerin, das ist eine ganz ernst gemeinte Frage. Ich gebe keine abschließende qualitative Wertung über solche Anträge ab; denn sie sind aus der Not geboren. Aber warum sagen Sie bei jeder Gelegenheit, Sie wollten eine Entwicklung von unten nach oben, während Sie Schulträgern, die – nur im Vorfeld, auf Arbeitsebene – an Ihre Ministeriumspforte klopfen und sagen, sie wollten in dieser Richtung einen Antrag stellen, sofort einen Korb geben?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das hat doch nichts mit ernst gemeinter Schulentwicklung von unten nach oben zu tun.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Deshalb fordern wir Sie auf – und wir werden nicht müde, dies immer wieder einzufordern –, Ernst zu machen und zumindest den Schulträgern zu sagen: Wenn ihr ein demografisches Problem habt, dann sind wir bereit, mit euch über alle Lösungen zu reden

(Beifall des Abg. Andreas Deuschle CDU)

und alle gleichermaßen qualitativ zu hinterfragen.

Wenn Sie zu diesem Schritt bereit sind, dann sind wir auch bereit, in eine konstruktive Debatte über die Gemeinschaftsschule einzusteigen. Aber davon sind Sie weit entfernt, und das bezeichnen wir – entschuldigen Sie, dass ich es so sagen muss – als pure Ideologie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine zweite Bemerkung anschließen. Ich finde es sehr schade, dass hier zwei ganz krasse Gegensätze aufgebaut werden. Sie sagen, dass Ihr pädagogisches Konzept der Gemeinschaftsschule völlig neu sei und die Schulentwicklung in Baden-Württemberg verändern solle.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: So ein Quatsch! Das macht niemand! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat das behauptet? – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Sie sprechen dabei von Erneuerung der Entwicklungen, Zusammenarbeit der Eltern, Teamarbeit. Übrigens sind das keine neuen Entwicklungen, sondern wir kennen sie aus der Jena-plan-Pädagogik, die im 19. Jahrhundert entwickelt wurde und also ein Prozess ist, der schon sehr alt ist und immer wieder hier und da scheiterte.

Nehmen Sie, Frau Ministerin, doch Folgendes zur Kenntnis: Die vielen Lehrer an unseren Schulen, die ein vernünftiges,

(Georg Wacker)

hochqualitatives Studium absolviert haben, an den Pädagogischen Hochschulen, an den Universitäten oder in Seminaren weiterqualifiziert wurden und viele Angebote der Lehrerfortbildung in Anspruch genommen haben, haben dies auf der Basis eines Bildungsplans getan, der zuletzt im Jahr 2004 reformiert wurde. Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass es Hartmut von Hentig war, einer der bekanntesten Reformpädagogen, der diesen Schritt damals außerordentlich begrüßte: die Methodenvielfalt, das schülerzentrierte Lernen oder die Maßgabe, dass die Rhythmisierung des Unterrichts selbstverständlich für jede Schulart gilt, wenn man eine vernünftige Pädagogik umsetzen will.

Aber, meine Damen und Herren, Sie glorifizieren hier die Gemeinschaftsschule als eine große Verheißung, die auf die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg herabkommen soll, und behaupten, dass das, was alle anderen Schulen tun, eine uralte und überkommene Pädagogik sei.

Meine Damen und Herren, das entspricht nicht der Realität.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Wer hat das behauptet? – Unruhe)

– Natürlich. Das steht in den Pressemitteilungen. Wenn Sie sich davon distanzieren, Herr Schmiedel, nehme ich dies sehr gern zur Kenntnis. Aber in den Pressemitteilungen und in den Verlautbarungen – ich könnte Ihnen viele Quellen nennen – wird immer wieder die neue, fortschrittliche Pädagogik der Gemeinschaftsschule im Gegensatz zu dem alten Frontalunterricht im herkömmlichen Schulsystem dargestellt. Meine Damen und Herren, das ist doch kein Gegensatz! Nehmen Sie zur Kenntnis, dass alle unsere Schulen wesentlich weiter sind, als Sie behaupten.

Ich möchte einen weiteren Punkt erwähnen; damit komme ich zu Ihrem Vorwurf der Selektion. Ich hatte die Zahl schon erwähnt: 75,9 % des Jahrgangs haben im Jahr 2010 die mittlere Reife absolviert. Ich möchte es noch einmal zuspitzen: Über die Hälfte haben einen Hochschulzugang, das heißt, sie bleiben nicht bei der mittleren Reife stehen. Ich zitiere den Bildungsbericht 2011: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die einen allgemeinen Hochschulzugang erworben haben, betrug im Jahr 2006 13 %. Man muss immer sehen: Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Gesamtschülerschaft beträgt bekanntermaßen nicht 100 %, sondern ist wesentlich geringer; insofern muss man die 13 % in Relation setzen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Natürlich ist das steigerungsfähig.

Jetzt kommt die zweite Zahl: Drei Jahre später betrug dieser Anteil 19 %. Meine Damen und Herren, das ist keine statistische Verfälschung, sondern Ergebnis der individuellen Förderung an unseren Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein Erfolg!)

Jetzt darf ich eine letzte Bemerkung machen. Frau Ministerin, vor wenigen Tagen haben Sie in einer Pressemitteilung dargelegt, Sie werteten die Abschaffung der Notenhürde an den Werkrealschulen als vollen Erfolg, sozusagen als vorläu-

fige Bekanntgabe des Ergebnisses, dass 50 % der Schüler das zehnte Schuljahr besuchen. Meine Damen und Herren, 75,9 % erreichen den Realschulabschluss oder einen gleichwertigen mittleren Bildungsabschluss, über die Hälfte einen Hochschulzugang, es gibt eine Steigerung bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund, was den Hochschulzugang betrifft – wohin wollen Sie denn noch?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Noch besser werden!)

Wollen Sie denn, dass am Ende jeder das Abitur erwerben soll?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit Beendigung der Geburt das Abitur!)

Meine Damen und Herren, dann bin ich einmal gespannt, was Sie von der Qualität halten. Diese Qualitätsdebatte werden wir mit Ihnen sehr engagiert führen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das selektive Bildungssystem in Baden-Württemberg hat nicht funktioniert.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU: Was? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Warum stehen wir denn nicht so schlecht da? – Unruhe)

Wie viele Schülerinnen und Schüler sitzen in den Schulen und sind unterfordert oder überfordert? Wie viele Schülerinnen und Schüler gehen in die Nachhilfe, weil sie in Ihrem bisherigen Schulsystem überfordert sind, meine Damen und Herren?

Die Einführung der Gemeinschaftsschule wird grundsätzlich gewünscht und als Chance Baden-Württembergs gesehen. Sie verpassen die Chance, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haben Sie gerade nicht aufgepasst?)

Sie verpassen die Chance, dass wir hier in Baden-Württemberg ein Bildungssystem entwickeln, das vom Kind aus und nicht einzig und allein in starren Formen denkt. Jedes Kind entwickelt sich individuell. Jedes Kind hat innerhalb der fünf bis zehn Jahre, in denen es eine weiterführende Schule besucht, einen individuellen Entwicklungsprozess. Dies kann das derzeitige Bildungssystem nicht in voller Form umsetzen. Das derzeitige Bildungssystem ist durch die jeweiligen Bildungspläne eingeschränkt. Wir wollen diese Schranken auflösen und am Ende allen Kindern die gleichen Möglichkeiten bieten.

Wir wollen, dass die soziale Herkunft, Herr Dr. Kern, am Ende überhaupt keine Rolle mehr spielt, und nicht, dass die soziale Herkunft so wenig wie möglich eine Rolle spielt oder

(Sandra Boser)

eventuell keine Rolle mehr spielt. Für diese Chancengerechtigkeit und für diese soziale Gerechtigkeit steht das neue Bildungssystem in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ohne Ziel!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Doch!)

– Herr Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wie viel Redezeit habe ich noch?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sie haben noch 55 Sekunden Redezeit.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Liebe Kollegin Boser, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt sind es noch 40 Sekunden!)

dass Sie mir erklärt haben, wie sich Schüler in ihrer Bildungsbiografie entwickeln. Vielen herzlichen Dank für diese „neue“ Information.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 30 Sekunden! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ruhig! Maulkorb!)

Ein weiterer Punkt: Ich bitte die Koalition nur um eines:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Noch 20 Sekunden!)

Seien Sie aufrichtig und ehrlich. Sagen Sie doch: „Jawohl, wir wollen, dass es mittelfristig keine Hauptschulen, Werkrealschulen und Realschulen mehr gibt.“ Sagen Sie das doch den Menschen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ende!)

Mich würde interessieren, ob auch das Gymnasium in diese Entwicklung integriert werden soll. Sagen Sie, ob Sie das wollen oder nicht wollen. Einige von Ihnen sprechen von einer Ergänzung des bestehenden Bildungssystems,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ende! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke der Präsidentin)

andere sagen, am Ende solle die Gemeinschaftsschule die dominierende Form darstellen. Seien Sie ehrlich! Dann würden Sie auch zur Glaubwürdigkeit der Politik beitragen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sagen Sie den Menschen, dass Sie das bestehende gegliederte Bildungssystem – – Im Übrigen gehört dazu auch das berufliche Bildungssystem. Das unterschlagen Sie immer.

(Zurufe der Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Wolfgang Drexler SPD)

Auch das werden Sie mit der Einführung der Gemeinschaftsschule unter Druck setzen.

Schütten Sie den Menschen reinen Wein ein, und sagen Sie ihnen, was Sie tatsächlich wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Das haben wir lange gemacht! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ist somit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1466 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: In den Mülleimer zu werfen! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Herr Abg. Zimmermann, möchten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! Das ist ja nicht erlaubt!)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1466 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport zu überweisen. –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist beendet.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist der Erfolg des selektiven Schulsystems! Ein völliges Durcheinander! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kollege Schmiedel, Ruhe!)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Die Konversion gestalten – Planungen des Bundes – Drucksache 15/1499

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, über diesen Antrag keine Aussprache zu führen.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Sind Sie damit einverstanden, dass über die Ziffern 1 bis 3 gemeinsam abgestimmt wird? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Antrag Drucksache 15/1499 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

- a) **Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 7. Juli 2011 – Denkschrift 2011 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 15/100, 15/101 bis 15/129, 15/701 bis 15/704 und 15/707 bis 15/729**

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler

- b) **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 14. Oktober 2011 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2009 durch den Landtag – Drucksachen 15/770, 15/993**

Berichterstatterin: Abg. Tanja Gönner

- c) **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 10. Dezember 2010 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 – Drucksachen 14/7344, 15/994**

Berichterstatter: Abg. Andreas Schwarz

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion dem Kollegen Dr. Löffler das Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von Winston Churchill stammt die Empfehlung: „Die Politik soll vom Sparen reden, aber nicht sagen, wo.“ Cicero ist da präziser: „Sparsamkeit ist eine gute Einnahme.“

Da Sparsamkeit nicht zu den Kardinaltugenden der Politik zählt, prüft der Rechnungshof, ob die Verwaltung wirtschaftlich und sparsam mit Einnahmen und Ausgaben umgeht, und das bei uns mit Erfolg. Die 200-seitige Denkschrift hat Einsparungen im zweistelligen Millionenbereich aufgezeigt. Allein schon deshalb ist die Denkschrift Pflichtlektüre für jeden Parlamentarier. Sie ist eine unverzichtbare Grundlage, um die Regierung zu kontrollieren. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht, zu erfahren, ob die Verwaltung ordnungsgemäß und verantwortungsvoll mit bewilligten Mitteln umgeht.

Die Autorität des Rechnungshofs begründet sich nicht allein in seiner verfassungsrechtlichen Stellung, sondern vor allem in der Qualität und der Sachkompetenz seiner Vorschläge. In vielen Sitzungen des Finanzausschusses hat sich gezeigt: Der Rechnungshof ist konfliktfreudig, aber auch gesprächsbereit und für eine argumentative Auseinandersetzung aufgeschlossen. Ich hoffe, das bleibt auch so. Jedenfalls zollt die CDU-Fraktion Herrn Präsident Munding und seinen Mitarbeitern Respekt, Dank und Anerkennung für ihre Leistungen.

Die Denkschrift zeigt: Niemand soll die Effizienz des Rechnungshofs infrage stellen. Ihm entgeht nichts, ob es um den

üppigen Einsatz der Hubschrauberstaffel geht – bei den Grünen neben dem Fahrrad das beliebteste Fortbewegungsmittel –,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

um die unwirtschaftliche Vermietung von Gästehäusern unserer Universitäten, um den laxen Umgang mit dem Vergaberecht bei IuK-Dienstleistungen, um optimierungsbedürftige Abrechnungen stationärer Leistungen unserer Universitätskliniken oder um die Entlohnung von Gefangenen im vollzuglichen Arbeitswesen. Dem Rechnungshof bleibt nichts verborgen.

Es geht zwar nicht immer um große Beträge und manchmal auch nur um kleine Unzulänglichkeiten wie die höheren Kosten der Abiturprüfung bei allgemeinbildenden Gymnasien im Vergleich zu den beruflichen Gymnasien. Aber auch diesmal kommt kaum ein Ressort ungerupft davon, und kein Detail betriebswirtschaftlicher Organisationsmängel, wie bei unserem Landesarchiv, der Verwaltung der Landesmuseen, den wissenschaftlichen Werkstätten oder der Verwendung von Studiengebühren, entgeht dem Prüferblick.

Die fachliche Kompetenz des Rechnungshofs beeindruckt. Das zeigt sich besonders bei den beratenden Vorschlägen zur Konzentration der elektronischen Grundbuchämter, bei den Vorschlägen zur Zusammenführung von Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, bei der Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf freie Träger oder bei der Einführung elektronischer Zeiterfassung bei der Landespolizei.

Die Politik kann nicht alles mittragen, aber die Politik muss dieses Spannungsverhältnis zum Rechnungshof auflösen. Seine Kritik zeigt Wirkung. Der Finanzausschuss hat in mehreren Sitzungen die Empfehlungen des Rechnungshofs mitgetragen. Mir wäre es wichtig, mit dem Instrument Benchmark die Empfehlungen zu stärken, weil ein Vergleich z. B. mit anderen Bundesländern den politischen Handlungszwang fördert. Bei der Personalbedarfsberechnung in der Justiz ist dies bereits geschehen. Weiter so!

Natürlich stößt der Rechnungshof auch an seine Grenzen, insbesondere dann, wenn betriebswirtschaftliche Instrumente und Methoden auf gemeinwohlorientierte Aufgaben des Staates übertragen werden, die vom Sozialstaatsprinzip überlagert sind. 32 Stellen für Servicekräfte an den Arbeitsgerichten sollen abgebaut werden; jeder forensisch tätige Anwalt wird bestätigen, dass die Verfahren im Individualarbeitsrecht besonders bei Kündigungsschutzprozessen viel zu lange dauern; die Betroffenen sind oftmals monatelang auf staatliche Hilfe angewiesen. Könnten die Verfahren verkürzt werden, würde das die staatliche Arbeitslosenunterstützung nachhaltig entlasten. Die Empfehlung zur Reduzierung von Personal bei der Arbeitsgerichtsbarkeit, die die grün-rote Regierung umsetzen will, sehe ich da eher kritisch.

Zu Recht rügt der Rechnungshof in seinen ressortübergreifenden Empfehlungen das E-Government und die IuK des Landes. Produkte der Informationstechnologie und IuK-Dienstleistungen sind für eine effiziente Verwaltung unverzichtbar. Aber je komplexer, je unübersichtlicher Informationstechnologie ist, desto ineffizienter und teurer wird der Betrieb.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Zwiegespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern.

(Zuruf: Es ist doch gar niemand mehr da! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: 230 verschiedene technische Lösungen bei 80 unterschiedlichen Dienstleistern, das ist einfach nicht zu steuern. Es ist klar, dass da eine einheitliche Vergabepolitik fehlt und deshalb auch redundante Kosten entstehen. Wir brauchen endlich eine landesweite Steuerung durch einen ressortübergreifend tätigen CIO. Die CDU hat diese Forderung schon in der vergangenen Legislaturperiode gestellt. Diese Forderung findet sich mittlerweile auch im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Aber offenbar ist die Verwaltung mit ihrem Trägheitsmoment so beweglich wie die Chinesische Mauer. Aber steter Tropfen höhlt den Stein.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Ohne Not leisten wir uns zwei Rechenzentren. Die Hälfte der Server ist unnötig oder nicht ausgelastet. Wir müssen heraus aus der Abhängigkeit proprietärer Systeme und verstärkt auf offene Systeme, Open-Source- oder UNIX-basierte Anwendungen setzen. Damit reduzieren wir Lizenzgebühren. Noch nutzen wir die Chance von Cloud-Computing nicht, was in der Privatindustrie Einsparungen von 40 % der IT-Kosten bringt. Hier herrscht noch großer Nachholbedarf. Das Einsparpotenzial dürfte im dreistelligen Millionenbereich liegen. Vielleicht sollte die Regierung erst dieses Feld bestellen, bevor sie die Axt an die Beamten und deren Versorgung anlegt.

(Zuruf von der SPD: Wo?)

Die CDU-Fraktion und der Rechnungshof ziehen da an einem Strang. Viel Zeit für die Umsetzung sollte aber nicht vergehen. Eines weiteren Nachdenkens bedarf es nicht. Die Denkschrift trägt das Denken in ihrem Namen zu Recht.

Neben seiner klassischen Aufgabe bewährt sich der Landesrechnungshof auch als unabhängiger Gutachter unserer Finanzinfrastruktur. Vielleicht machen wir davon zu wenig Gebrauch. Wer nicht nur davon redet, sondern eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung will und die Schuldenbremse heute statt übermorgen in der Landesverfassung verankern will, für den ist der Rechnungshof der richtige Ansprechpartner.

Seit die Schuldenbremse in das Grundgesetz aufgenommen wurde, was wir Günther Oettinger und Peter Struck verdanken, mahnt der Rechnungshof, die Schuldenbremse auch in unsere Landesverfassung aufzunehmen. Obwohl unser Land schneller und besser aus der Krise kam, als alle erwartet hatten, obwohl die Steuereinnahmen so sprudeln, dass der Finanzminister unter einem Einnahmeschock steht, zeigt die Regierung ein hamletsches Zaudern und Zögern. Warum eigentlich? Staatssekretär Rust redet sich mit „strukturellen Defiziten“ heraus. Der Finanzminister ist nicht da. Er ist der Richard Kimble des Landes: immer auf der Flucht.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall des Abg. Konrad Epple CDU)

Der Finanzminister suhlt sich in Kassensturzphantasien. Kollege Sckerl von den Grünen meint, die Zeit sei „noch nicht reif“. Das alles sind nette Umschreibungen für finanzpolitische Kraftlosigkeit. Das Land hat im Jahr 2011 26 Milliarden € Steuern eingenommen. Auch in den Folgejahren ist mit Mehreinnahmen zu rechnen. Es ist ein finanzpolitischer Offenbarungseid, dass für 2013 2 Milliarden € neue Schulden avisiert werden. Jetzt ist die Zeit für eine nachhaltige Finanzpolitik. Sie ist genauso wichtig wie der nachhaltige Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Im nächsten Jahr feiern wir 60 Jahre Landesrechnungshof. Dem Land hat die Finanzkontrolle gutgetan. Schon am Anfang des 18. Jahrhunderts gab es in der Markgrafschaft Baden-Durlach eine Rechenkammer. Finanzkontrolle ist bei uns also fast 300 Jahre alt. Es ist Zeit, neben der klassischen Finanzkontrolle auch die partnerschaftliche Seite des Rechnungshofs stärker zu forcieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Manfred Groh CDU: Sonderapplaus!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshof weist immer wieder darauf hin, wie die Aufgabenerfüllung des Landes wirtschaftlicher und sparsamer werden kann.

Da die grün-rote Landesregierung auch mit dem Ziel angetreten ist, die Landesaufgaben wirtschaftlicher und sparsamer als Schwarz-Gelb zu erfüllen, sind die Anregungen des Rechnungshofs sehr wertvoll. Nicht nur, als wir in der Opposition waren, war seine Arbeit für uns wertvoll, sondern auch als Regierungsfraktion schätzen wir ihn außerordentlich und nehmen ihn sehr ernst.

Lieber Kollege Löffler, Sie haben in Ihrem Beitrag jetzt gesagt: Die CDU und der Rechnungshof ziehen an einem Strang – jetzt, nachdem Sie in der Opposition sind. Wir haben schon bisher an einem Strang gezogen und werden auch zukünftig an einem Strang ziehen, auch in der Regierungskoalition.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: In die falsche Richtung!)

Ich möchte nur einige wenige Punkte aufgreifen, die für die Politik der Regierungskoalition eine besondere Bedeutung haben. Da ist zunächst das Thema Energieeinsparung. Die Beiträge Nummern 20 und 21 zeigen auf, dass es einen enormen Rückstau bei der Sanierung, insbesondere auch bei der energetischen Sanierung der Universitätsgebäude gibt. Dieser Sanierungsstau hat sich über Jahre und Jahrzehnte aufgebaut. Es ist sozusagen ein Schattenhaushalt, in dem nur versteckte Schulden aufgebaut wurden. Diese bauen wir schrittweise ab. Dazu hat die neue Landesregierung aus der Sanierungsrücklage 50 Millionen € für die Sanierung von Landesgebäuden eingesetzt.

Zum anderen hat der Rechnungshof auf die Bedeutung des zweiten Themas, nämlich des Energiespar-Contractings, schon

(Muhterem Aras)

sehr früh hingewiesen, weil der Energieverbrauch natürlich nicht nur ein Umweltproblem ist, sondern wegen der steigenden Kosten auch zu einem Finanzierungsproblem geworden ist. Contracting bietet in diesem Fall – weil Umweltfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit Hand in Hand gehen – neue Möglichkeiten.

Ich freue mich deshalb, dass das Finanzministerium auch das interne Contracting, nämlich den vorübergehenden Einsatz von Mitteln aus dem Grundstock und die Refinanzierung aus den Einsparungen, ausweiten und intensivieren wird.

Ein zweites wichtiges Thema ist der Bereich „Datenverarbeitung, Information und Kommunikation“. Der Rechnungshof hat in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Problematik in diesem Bereich hingewiesen – zu Recht, wenn man genau hinschaut. Die Organisation der Datenverarbeitung ist zersplittert, nicht gebündelt und daher sowohl unwirtschaftlich als auch für die zukünftigen Themen nicht optimal aufgestellt. Der Rechnungshof macht dies am Beispiel der Serverlandschaft deutlich, die weniger eine Landschaft als ein Sammelsurium darstellt.

Bei der Datenverarbeitung sehe ich ein wichtiges – und zwar ein wichtiges strukturelles – Einsparpotenzial. Der Rechnungshof hatte schon in der letzten Denkschrift ein Potenzial von 50 Millionen € ermittelt. Das müssen wir jetzt anpacken. Das ist ein Thema, das wir auch in der Haushaltsstrukturkommission konsequent angehen werden. Es kann durchaus sein, dass dann der eine oder andere Besitzstand wackelt. Wirtschaftliche Datenverarbeitung entsteht nicht dadurch, dass jeder einen möglichst großen Server hat, sondern dadurch, dass für jeden Arbeitsplatz die optimale Dienstleistung „eingekauft“ werden kann. Datenverarbeitung ist eine Querschnittsaufgabe und muss als Querschnittsaufgabe und in einem Kunden-Lieferanten-Verhältnis optimiert werden.

Zum Thema Gehörtwerden und zur Anhörung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum vollzuglichen Arbeitswesen. Für mich persönlich war ein Highlight der Ausschussberatung die Anhörung von Betriebsleitungen und Einrichtungsleitern des vollzuglichen Arbeitswesens. Das ist ein Landesbetrieb mit über 4 000 Beschäftigten, der weitgehend außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung arbeitet, weil die Beschäftigten eine Freiheitsstrafe verbüßen.

Zuvor hatte der Rechnungshof eine profunde Untersuchung der wirtschaftlichen Situation durchgeführt und zur Grundlage seines Denkschriftbeitrags Nummer 13 zum Geschäftsbereich des Justizministeriums gemacht. Die Anhörung hat sehr interessante weitere Gesichtspunkte ins Blickfeld gerückt. Es wurde deutlich, dass das Unternehmensziel des vollzuglichen Arbeitswesens eigentlich im Bereich der Qualifikation, des sozialen Lernens, der Teamfähigkeit der Gefangenen und insgesamt darauf liegt, die Gefangenen für das Leben nach der Entlassung fit zu machen.

Es war nach meiner Kenntnis das erste Mal, dass der Finanzausschuss eine solche Anhörung von direkt Betroffenen durchgeführt hat. Die Idee hatten Ausschussmitglieder ursprünglich von einer Informationsreise nach Kanada im Jahr 2007 mitgebracht, wo dies eine lange Tradition hat.

Für mich passt das nun sehr gut in die Politik des Gehörtwerdens der grün-roten Landesregierung. Ich finde es gut, dass

hier die Belange einer Gruppe angehört wurden, die eher im Schatten der Gesellschaft steht.

Ich möchte nun Ihnen, Herr Präsident Munding, den Mitgliedern des Senats und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofs sehr herzlich für die wertvolle Arbeit danken. Wir schätzen sie, wir nutzen sie. Nehmen Sie es als sichtbares Zeichen dieser Wertschätzung auch seitens des Ministerpräsidenten, dass er Sie eingeladen hat, in der Strukturkommission mitzuwirken, die gerade die Arbeit aufgenommen hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Maier für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Wann, wenn nicht jetzt?“ So beginnt das Vorwort zur Denkschrift 2011 des Rechnungshofs. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin und Herr Präsident Munding, weiter:

Deutschland und auch Baden-Württemberg sind schneller und besser aus der Krise gekommen, als selbst kühnste Optimisten erwartet haben. Dies bietet jetzt die einmalige Chance, den Landeshaushalt früher und nachhaltiger zu konsolidieren als bislang geplant. ... Der Haushalt 2012 ist daher die Bewährungsprobe für eine nachhaltige Finanzpolitik. Wann, wenn nicht jetzt?

Diese Bewährungsprobe, meine Damen und Herren, der Haushalt 2012, ist bestanden. Nach 2011 konnten wir kürzlich den Haushalt 2012 ohne neue Kredite verabschieden. Darüber hinaus gingen wir mit der Schaffung einer Sanierungsrücklage einen weiteren Schritt der Konsolidierung. Diesen Schritt hat uns übrigens auch der Rechnungshof empfohlen. Er hat darauf hingewiesen, dass wir besser nach unserem Landesvermögen, z. B. den Universitätsgebäuden oder den Landesstraßen, schauen müssen. Mit dieser Rücklage können wir einen Sanierungsstau auflösen.

Ich verkenne aber nicht, dass das nur erste Schritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen sind. Wir haben ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € jährlich vor uns. Es ist eine Riesenaufgabe, dieses Defizit abzubauen. Wir brauchen sicherlich Zeit, bis wir die uns vom Grundgesetz vorgeschriebene Nullverschuldung erreichen. Dieser weite Weg wird schwere Entscheidungen für Regierung und Parlament sowie harte Einschnitte für unsere Bürgerinnen und Bürger bringen.

Mit der Beratung der Denkschrift 2011 des Rechnungshofs im Landtag schließen wir heute eine intensive Vorarbeit des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft ab. In insgesamt 29 Beiträgen setzte sich der Rechnungshof mit der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes auseinander und lieferte viele konstruktive Verbesserungsvorschläge. Die betroffenen Ressorts haben Stellung genommen und vieles aufgegriffen. Konsens herrscht aktuell bei 20 Beschlussempfehlungen.

Es liegt aber auch in der Natur der Sache, dass es Dissens gibt. Bestes Beispiel sind die Studiengebühren. Bei den Studiengebühren sieht der Rechnungshof natürlich die Einnahmeherschaffung. Die Koalition sieht das Thema Bildungsgerechtig-

(Klaus Maier)

keit. Wir haben uns demokratisch für die Abschaffung der Studiengebühren und damit für die Bildungsgerechtigkeit entschieden. Wir wollen aber natürlich, falls es hier Missbrauch gibt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fördern!)

Langzeitstudenten im Auge behalten. Das haben wir dem Rechnungshof auch zugesagt.

Es ist ebenfalls nicht unser politischer Wille, z. B. die Pädagogische Hochschule in Karlsruhe in das KIT einzugliedern oder den Bereich der Luftsicherheit zu privatisieren. Sehr wertvoll sind die Beiträge zum E-Government in der Landesverwaltung, zu den IuK-Ausgaben für Dienstleistungen Dritter und zur IuK-Serverlandschaft Baden-Württemberg. Diese Beiträge werden aufgenommen und umgesetzt. Die grün-rote Regierung ist dabei, dieses Aufgabenfeld zu organisieren, die Verantwortung zu bündeln, Erfahrungen der privaten Wirtschaft zu nutzen und den Rückstand von etwa zehn Jahren, den das Land auf diesem Gebiet gegenüber großen Unternehmen hat, schnell aufzuholen.

Das Gleiche gilt für den Beitrag Nummer 21 „Energiespar-Contracting bei Landesimmobilien“. Hier sieht der Rechnungshof ein großes Einsparpotential von etwa 5 Millionen € jährlich. Die Verbesserungsvorschläge sind aus unserer Sicht nachvollziehbar. Im Zeichen der Energiewende werden wir bei diesem Thema einen politischen Schwerpunkt setzen. Anträge sind gestellt. Wir werden diese Dinge nach und nach umsetzen, z. B. auch mit Inhouse-Contracting.

Bei den Beratungen der Denkschrift haben der Ausschuss und die einzelnen Fraktionen den Betroffenen Gelegenheit gegeben, sich zu äußern. Unsere Fraktion hat sich sehr viel Mühe gemacht. Beispiele sind das vollzugliche Arbeitswesen – dazu gab es ein großes Hearing im Ausschuss –, die Staatliche Toto-Lotto GmbH und deren Betriebsrat, Besuche bei Finanzämtern, die LEL oder das Landesarchiv. Damit haben wir die Politik des Gehörtwerdens erfolgreich praktiziert. Die vorgebrachten Argumente z. B. beim vollzuglichen Arbeitswesen, bei dem neben der Wirtschaftlichkeit die Resozialisierung und die Sicherheit eine wichtige Rolle spielen, sind vollumfänglich in unsere Beschlüsse übernommen worden.

Sehr sorgfältig müssen wir die Anregungen im Bereich Toto-Lotto abwägen. Man kann natürlich durch die Absenkung der vergleichbar guten Gehälter und Tantiemen oder durch organisatorische Änderungen Geld einsparen. Das schlägt der Rechnungshof vor. Sinkt aber die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dann finden wir keine qualifizierten Fachleute mehr, dann wird dieser Betrieb weniger Geld an das Land abliefern, und der Schaden kann größer sein als der Nutzen. Die Lösung wird hier bei einem Mittelweg liegen. Auf keinen Fall aber sollten wir Landesbetriebe als Versorgungsposten missbrauchen.

Die Konsolidierung des Landeshaushalts wird in den nächsten Jahren eine zentrale Aufgabe der grün-roten Landesregierung sein. Mit der Einsetzung einer Kommission für Haushalts- und Verwaltungsstruktur, einer langfristigen Finanzplanung 2020 – auch das ist eine Idee des Rechnungshofs – und einem Haushaltscontrolling sind die ersten Schritte eingeleitet, um das in der Vergangenheit aufgebaute strukturelle De-

fizit des Landeshaushalts von über 2 Milliarden € bis zur Geltung der Schuldenbremse im Jahr 2020 abzubauen.

Für diese Herkulesaufgabe brauchen wir auch den Rechnungshof. Wir werden uns dabei nicht nur auf die aktuellen Beiträge beschränken, sondern die schon zu den Akten gelegten Anregungen der vergangenen Jahre noch einmal herausholen und genau anschauen.

Die Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg ist auch Gegenstand dieser Denkschrift. Hier wird bei einem Haushaltsvolumen von 35,9 Milliarden € eine ordentliche Haushaltsführung vom Rechnungshof attestiert. Wir werden hier Entlastung erteilen.

(Abg. Manfred Groh CDU: Von welchem Jahr?)

Thema des Tagesordnungspunkts ist auch die Prüfung des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2009 durch den Landtag. Sie hat keine Beanstandungen ergeben. Wir stimmen der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Ausschusses zu.

Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion bei Ihnen, Herr Präsident Munding, und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihre gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Denkschrift des Rechnungshofs einschließlich der vom Rechnungshof selbst vorbereiteten Beschlussempfehlungen zu den einzelnen Beiträgen der Denkschrift trifft bei den Fraktionen des Landtags meist auf grundsätzliche Zustimmung und damit verbunden auch auf ein hohes Maß an Konsens zwischen den Fraktionen des Landtags, zumindest in der Theorie.

Von den 29 Beiträgen der Denkschrift 2011 sind die Fraktionen in vier Fällen einvernehmlich von den Empfehlungen des Rechnungshofs abgewichen, nämlich erstens beim Beitrag zur Toto-Lotto GmbH, bei dem sich die Fraktionen mit dem Rechnungshof für ein sukzessives Angleichen des Gehaltsgefüges an das Niveau des öffentlichen Dienstes ausgesprochen haben, sich aber – anders als der Rechnungshof – nicht mit einer Überführung in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform anfreunden konnten, zweitens beim Beitrag über das Forschungsinstitut für Edelmetalle und Metallchemie, einem Institut der Innovationsallianz, bei dem die Fraktionen ein höheres Maß an Flexibilität bei den Förderstrukturen gewahrt wissen wollten, drittens beim Beitrag zum Personaleinsatz in der Arbeitsgerichtsbarkeit, bei dem die Fraktionen die Nutzung der zweifelsfrei bestehenden Einsparpotenziale für andere, vordringlichere Aufgabenbereiche der Justiz zulassen wollten, und schließlich beim Beitrag zum vollzuglichen Arbeitswesen, der sogar Gegenstand einer eigenen Anhörung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft geworden ist.

In anderen Fällen gab es kontroverse Debatten und Abstimmungen im Ausschuss, z. B. über den Vorschlag des Rechnungshofs, die Integration der PH Karlsruhe als teilautonome School of Education ins KIT, also in das Karlsruher Institut für Technologie, zu prüfen – das ist wahrlich eine kühne Idee;

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

aber warum soll man nicht etwas zumindest prüfen, was sich anderswo, nämlich in Bayern im Fall der TU München, offenbar durchaus als tauglich darstellt? –, oder über den Vorstoß des Rechnungshofs, zumindest das Instrument von Langzeitgebühren zu nutzen, wenn schon nach dem Willen der Mehrheit des Hauses auf allgemeine Studiengebühren verzichtet wird. Aber so, wie ich den Kollegen Maier verstanden habe, kann man sich die Wiedereinführung der Langzeitstudiengebühren durchaus wieder vorstellen.

Von hohem Interesse war auch die Debatte über die Frage, ob es zum Abarbeiten des Sanierungsbedarfs an den Universitätsgebäuden notwendig wäre, jährlich „mindestens 2 %“ des Gebäudeneuwerts zu investieren, wie es der Rechnungshof vorgeschlagen hatte, oder ob auch „ca. 2 %“ ausreichen könnten, wie die Regierungsfractionen formulieren wollten, offenbar schon künftig engere Haushaltsspielräume geistig vorwegnehmend. Es ist gut, dass es dann doch bei mindestens 2 % geblieben ist. Denn wenn schon bei der Zielformulierung Abstriche gemacht werden, kann sich jeder leicht ausmalen, was in der Realität daraus wird.

Wegen des hohen Aufwands, den der Ausschuss in den Beitrag zum vollzuglichen Arbeitswesen investiert hat, ist die Aufarbeitung der Beiträge dieser Denkschrift deutlich später fertig geworden, als es sonst üblich ist. Ich kritisiere das in diesem Fall nicht. Aber ich weise darauf hin, dass es auch zu dem notwendigen Respekt vor der Arbeit des Rechnungshofs gehört, dass man sich zügig mit den Beiträgen der Denkschrift auseinandersetzt und klare Entscheidungen trifft. Es sollte der Normalfall sein, eine Denkschrift, die vor der Sommerpause vorgestellt wurde, im Laufe des Herbstes zu Ende beraten zu können.

Nicht minder bedeutsam als die jährlichen Denkschriften sind die Beratenden Äußerungen, die der Rechnungshof anlassbezogen abgibt, oder gutachtliche Äußerungen, die der Landtag oder die Regierung gemäß § 88 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung beim Rechnungshof anfordern können. Seit Kurzem gibt der Rechnungshof periodisch auch einen Ergebnisbericht heraus, zuletzt den Ergebnisbericht 2010, anhand dessen der Landtag dann auch selbst prüfen kann, ob er die Vorschläge des Rechnungshofs mit der notwendigen Konsequenz verfolgt und auf die Umsetzung der Vorschläge durch die Regierung gedrängt hat.

Fast noch wichtiger aber ist die konkrete Begleitung der parlamentarischen Arbeit bei den Haushaltsberatungen, aber auch bei Gesetzesberatungen wie der Beratung des im letzten Jahr von uns, der FDP/DVP-Fraktion, eingebrachten Gesetzentwurfs zur Verbesserung der Vorsorge für künftige Pensionsverpflichtungen des Landes. Das ist ein Beispiel dafür, dass auch für den Rechnungshof das Gleiche gilt, was landauf, landab gilt. Kollegin Aras und Kollege Maier haben heute auch wieder auf die Politik des Gehörtwerdens verwiesen. Aber auch für den Rechnungshof gilt offensichtlich das, was der Ministerpräsident landauf, landab immer wieder erzählt, nämlich dass die Politik des Gehörtwerdens eben nicht bedeutet, dass man auch erhört wird.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Und dass zugehört wird!)

Genau das hat der Rechnungshof mittlerweile auch schon festgestellt.

Wir sollten dem Rechnungshof für kritische wie für unterstützende Äußerungen dankbar sein, egal, ob sie uns im Einzelfall erfreuen oder nicht, und egal, ob sie das Handeln der früheren oder der gegenwärtig amtierenden Landesregierung betreffen.

Wir sind gut beraten, bei der Aufgabe einer konsequenten Konsolidierung des Haushalts, bei der Umsetzung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse – nicht erst zum letztmöglichen Termin –, bei Konzepten der Aufgabenkritik und der Begrenzung der Personalausgaben stets auch den Rechnungshof mit einzubeziehen.

(Unruhe auf der Zuhörertribüne – Zuruf: Pst!)

Zu einer Kultur des Gehörtwerdens gehört auch, dass man den hierzu berufenen Sachverstand nicht nur formal beteiligt, sondern sich ernsthaft mit seinen Anregungen auseinandersetzt. Wir werden sehen, wie sich dies in der Realität darstellen wird.

In diesem Sinn bedanken wir uns herzlich bei Herrn Präsident Munding und allen Mitarbeitern des Rechnungshofs und der Rechnungsprüfungsämter. Ich wiederhole: Der beste Dank an den Rechnungshof besteht immer darin, sich intensiv mit dessen Anregungen und Empfehlungen auseinanderzusetzen, klar zu ihnen Stellung zu beziehen und sie möglichst zügig und umfassend umzusetzen.

Das gilt beispielsweise auch für die Landeshaushaltsordnung insgesamt. Ich glaube, dem Rechnungshof wäre durchaus gedient, wenn man die Landeshaushaltsordnung umsetzt, wenn man darin enthaltene Bestimmungen im Idealfall sogar in die Verfassung schreibt – so, wie Sie es zu Oppositionszeiten gefordert haben – und nicht unmittelbar nach Regierungsantritt ein Gutachten in Auftrag gibt mit der Fragestellung: Wie kann man die Landeshaushaltsordnung am besten aushebeln? Wenn man es nicht schafft, die Landeshaushaltsordnung auszuhebeln, dann muss man sie abschaffen. Das ist offensichtlich Ihre Politik. Ich glaube kaum, dass diese Politik im Sinne des Rechnungshofs ist.

Ich glaube auch nicht, dass der Rechnungshof von Ihren Ankündigungen begeistert ist, in den Jahren 2013 und 2014 wieder Milliarden an neuen Schulden zu machen. Besonders skurril ist Ihre Gesamtdarstellung dieser Tatsache, wonach die ausgeglichenen Haushalte der Jahre 2011 und 2012 auf Ihrer eigenen Konsolidierungsleistung beruhen, während die neuen Schulden von 2 Milliarden € in den Jahren 2013 und 2014, also zwei Jahre nach Ihrem Regierungsantritt, plötzlich wieder als Erblast anzusehen seien. Meine Damen und Herren, wenn das Ihre Politik ist, dann machen Sie sich vor der Bevölkerung des Landes nur noch lächerlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär für Finanzen und Wirtschaft Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshof hat am 11. Juli 2011 seine Denkschrift vorgestellt. Der Finanz- und

(Staatssekretär Ingo Rust)

Wirtschaftsausschuss hat sich in mehreren Sitzungen sehr intensiv mit dieser Denkschrift auseinandergesetzt. Ich möchte dem Ausschuss ausdrücklich dafür danken, dass er sich so intensiv damit beschäftigt hat, auch wenn die Beratung etwas länger gedauert hat. Schon in früheren Zeiten – in Zeiten, in denen Sie, Herr Dr. Rülke, noch nicht im Finanzausschuss waren – haben manche Denkschriftberatungen ihren Abschluss auch erst im Februar oder März des Folgejahres gefunden.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist auch kein Beinbruch!)

Ich halte es auch nicht für respektlos dem Rechnungshof gegenüber, wenn man sich besonders intensiv mit der Denkschrift auseinandersetzt. Ich möchte hervorheben, dass der Finanz- und Wirtschaftsausschuss sogar eine öffentliche Anhörung zum Thema eines Denkschriftbeitrags durchgeführt hat. Ich finde, es ist sogar eine besonders respektvolle Behandlung von Rechnungshofbeiträgen, wenn man sich so intensiv damit auseinandersetzt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Eben! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau so ist es!)

Wir, die Landesregierung, sind dem Rechnungshof sehr dankbar, dass er wieder zahlreiche Vorschläge gemacht hat, wo wir im Landeshaushalt sparsamer und auch effizienter mit den Steuergeldern umgehen können. Wir haben in den Denkschriftberatungen mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass wir alles tun werden, um diese Anregungen zeitnah und konsequent umzusetzen.

Wir sind dem Rechnungshof auch deshalb dankbar, Herr Präsident Munding, weil wir in der Denkschrift viele wichtige Hinweise für die Konsolidierung des Landeshaushalts in den kommenden Jahren sehen. Kollegin Aras und Kollege Maier haben schon angesprochen, welche Herkulesaufgabe da vor uns liegt. Herr Dr. Rülke, es ist keineswegs so, dass wir gesagt haben: Wir rühmen uns jetzt, dass wir es 2011 und 2012 geschafft haben, keine neuen Schulden zu machen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Doch!)

Wir haben mehrfach gesagt – das können Sie auch nachlesen –, dass aufgrund der besonders guten konjunkturellen Entwicklung Ihre Erblasten, Ihre Deckungslücke, die Sie uns hinterlassen haben, in den Jahren 2011 und 2012 überdeckt wurden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In den kommenden Jahren wird diese Deckungslücke zutage treten. Wir gehen nämlich nicht davon aus, dass wir weiter solche horrenden Steuermehreinnahmen haben werden. Ich lade Sie einfach ein – wir werden Ihnen die Zahlen demnächst vorstellen –, diese Zahlen zu überprüfen. Das sind Zahlen, die von den gleichen Beamten berechnet wurden, die Sie schon beschäftigt hatten, genau den gleichen Beamten, die, wäre es nicht zu einem Regierungswechsel gekommen, diese Zahlen für Sie berechnet hätten; sie wären auch nicht zu einem anderen Ergebnis gekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landeshaushalt ist strukturell defizitär. Daran ändert auch Ihre verquere Darstellung der Situation nichts. Sie können ein strukturelles Defizit,

das in den vergangenen Jahren übrigens schon vom Kollegen Stratthaus bestätigt wurde – ich bitte Sie, die alten Landtagsprotokolle einfach einmal nachzulesen; damals, schon zu Ihren Zeiten, wurde von einem strukturellen Defizit von 1,5 Milliarden € gesprochen –, jetzt nicht negieren. Negieren Sie doch bitte jetzt nicht das, was schon Sie selbst in den vergangenen Jahren immer wieder hervorgehoben haben.

Als wir die Koalitionsverhandlungen geführt haben und öffentlich gesagt haben, wir rechneten mit einem strukturellen Defizit von etwa 1,5 Milliarden €, das wir zu bewältigen haben, habe ich einen Anruf aus dem Finanzministerium bekommen – ich war damals noch nicht im Amt; es war also noch vor dem 12. Mai –, in dem mir gesagt wurde: Herr Rust, Sie haben zwar recht mit dem strukturellen Defizit, aber 1,5 Milliarden € sind zu wenig.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Es war ein höheres strukturelles Defizit. Das war eine Beamtin mit Ihrem Parteibuch, Herr Kollege Löffler. Deshalb sage ich: Vertrauen Sie einfach diesen Leuten, die diese Zahlen auch für Sie berechnet haben. Zahlen lassen sich ja bekanntlich nicht anschreiben.

Ich danke dem Rechnungshof sehr herzlich, dass er uns wieder wichtige Hinweise gegeben hat, wo wir dieses strukturelle Defizit anpacken können, wo wir effizienter und sparsamer mit den Landesmitteln umgehen können. Ich danke dem Rechnungshof auch für seine Beratung in der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur. Ich danke sehr herzlich der Frau Kollegin Gönner, die ich jetzt gerade nicht sehe, als Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft für die Beratungen im Ausschuss und die gute partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft.

Zur Denkschrift 2011 des Rechnungshofs – Punkt 5 a der Tagesordnung – liegen insgesamt 27 Beschlussempfehlungen vor. – Sie stimmen diesen 27 Beschlussempfehlungen entsprechend Ihrem Abstimmungsverhalten im Ausschuss zu.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jawohl!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 5 b, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs –, Drucksache 15/993. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 5 c, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/994, zur Haushaltsrechnung. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

gen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe die **Punkte 6 bis 13** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 6:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 28. Februar 2012 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 15/1219, 15/1394

Berichterstatter: Abg. Dr. Ulrich Goll

Punkt 7:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. November 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Landesverwaltung – Drucksachen 15/900, 15/1458

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler

Punkt 8:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 13: Methode der Bedarfsermittlung bei der Justiz – Drucksachen 15/1010, 15/1459

Berichterstatter: Abg. Andreas Stoch

Punkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2011 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2012 (mit Fortschreibung bis 2015) – Drucksachen 15/1012, 15/1462

Berichterstatter: Abg. Martin Hahn

Punkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Justizministeriums vom 5. März 2012 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Statut der Europäischen Stiftung – Drucksachen 15/1124, 15/1460

Berichterstatter: Abg. Claus Paal

Punkt 11:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Festlegung des Zollkodex der Europäischen Union – Drucksachen 15/1439, 15/1461

Berichterstatter: Abg. Claus Paal

Punkt 12:

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 22. Dezember 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres – Mehrjähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 – Drucksachen 15/1087, 15/1330

Berichterstatter: Abg. Alexander Throm

Punkt 13:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 7. Februar 2012 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einrichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport – Drucksachen 15/1239, 15/1474

Berichterstatter: Abg. Gerhard Kleinböck

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 18. April 2012, um 10:00 Uhr statt.

Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich noch auf die folgenden Ausschusssitzungen hinweisen:

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft trifft sich um 13:15 Uhr im Fraktionssitzungssaal der CDU im Haus der Abgeordneten.

Die Sitzungen des Petitionsausschusses und des Ausschusses für Integration beginnen jeweils um 14:00 Uhr im Johann-Jakob-Moser-Saal bzw. im Eugen-Bolz-Saal.

Die Sitzung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Friedrich-Ebert-Saal beginnt eine halbe Stunde später, also um 14:30 Uhr.

Ich danke Ihnen ganz herzlich. Ich wünsche Ihnen einen frohen Nachmittag und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:35 Uhr